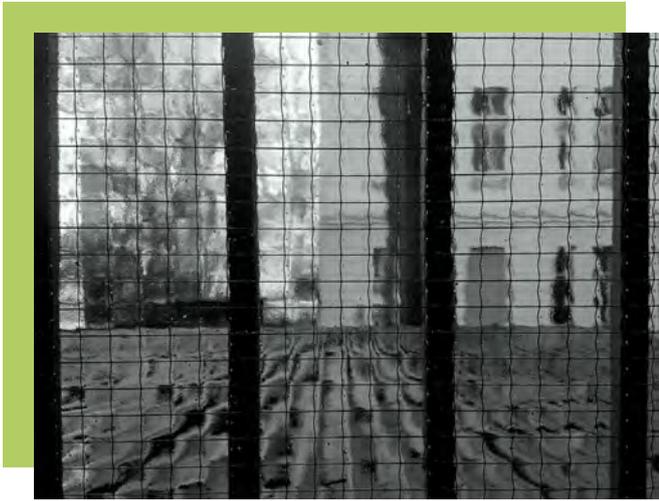


25.01.2023

LaG-Magazin

Lernen aus der Geschichte

JUSTIZGEDENKSTÄTTEN IN DER DEUTSCHEN GEDENKSTÄTTENLANDSCHAFT



© Sabrina Pfefferle

ZUR DISKUSSION

Justizgedenkstätten in der deutschen Gedenkstättenlandschaft und ihr Arbeitskreis als Erinnerungspolitische Akteure	<u>06</u>
Gedenkstätte Amthorhang Gera	<u>13</u>
Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße Erfurt	<u>17</u>
Gedenkstätte Zuchthaus Brandenburg-Görden	<u>21</u>
Gedenkstätte Bautzen	<u>25</u>
Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus	<u>29</u>
Lernort Keibelstraße	<u>33</u>
Lernort Kislau e. V.	<u>36</u>

INHALT

Gedenkstätte Lindenstraße Potsdam	<u>40</u>
Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg	<u>44</u>
Gedenkstätte Münchner Platz Dresden	<u>48</u>
Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen Untersuchungshaft der Staatssicherheit Rostock	<u>52</u>
Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale)	<u>56</u>
Dokumentationszentrum für die Opfer der Diktaturen in Deutschland (Schwerin)	<u>60</u>
Gedenkstätte Steinwache Dortmund	<u>64</u>
Erinnerungsort Torgau. Justizunrecht – Diktatur – Widerstand	<u>68</u>
Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel	<u>72</u>

Liebe Leser*innen,

„Gelbes Elend“ oder „Grüne Hölle“ – diese Beinamen deutscher Haftorte vermitteln eine Idee davon, welcher Ruf ihnen unter ihren Insassen und in ihrer Nachbarschaft mitunter anhaftete. Einer größeren Öffentlichkeit sind diese ehemaligen Konzentrationslager, (Untersuchungs-) Haftanstalten, Zuchthäuser, Gefängnisse und Hinrichtungsstätten, in denen Menschen inhaftiert wurden, die vor allem während des Nationalsozialismus und in der DDR aufgrund ihrer politischen Einstellungen oder vielmehr: Ideologie der Machthabenden verfolgt und verurteilt wurden, jedoch kaum bekannt.

An manchen dieser Orte sind mittlerweile Justizgedenkstätten eingerichtet oder besser: Erinnerungs- und Lernorte. Sie informieren über die Umstände der Verurteilung, Internierung und zum Teil Tötung der Inhaftierten und thematisieren, welche Institutionen der Exekutive und Legislative an diesem Prozess mitwirkten. Außerdem stellen sie Gegenwartsbezüge zu den damaligen Verfolgungs- und Verurteilungsmechanismen her: Wer entscheidet darüber, was Recht, was Unrecht ist und wie (vermeintliche) Verstöße sanktioniert werden? Unter welchen Bedingungen wird Recht zu Unrecht?

Im Kontext dieser übergeordneten Fragen stehen Akteur*innen der Gedenkstättenlandschaft heute vor der Herausforderung, die ehemaligen Stätten von Justizverbrechen – die aktuell ganz unterschiedlich genutzt werden – als Erinnerungsorte zu gestalten und ihre jeweiligen Geschichten durch historisch-politische Bildungsangebote sichtbar zu machen.

Das vorliegende LaG-Magazin „Justizgedenkstätten in der deutschen Gedenkstättenlandschaft“ widmet sich diesen und weiteren Aspekten am konkreten Beispiel von 16 Haftorten. Es ist auf Initiative des Arbeitskreises Justiz-Gedenkstätten entstanden und wurde von den in ihm

vertretenen Justizgedenkstätten gemeinschaftlich finanziert. Wir freuen uns, dass sie im Rahmen dieses LaG-Magazins ihre Orte, ihre Arbeit und ihre übergreifenden Fragestellungen gebündelt vorstellen.

Die nächste Ausgabe des LaG-Magazins erscheint voraussichtlich am 26. April und widmet sich dem Aufstand vom 17. Juni 1953, seinen Implikationen und seiner Rezeptionsgeschichte.

Wir wünschen allen Leser*innen eine anregende Lektüre!

Ihre LaG-Redaktion

Justizgedenkstätten in der deutschen Gedenkstättenlandschaft und ihr Arbeitskreis als Erinnerungspolitischer Akteur

von Lars Skowronski und Martina Staats

In den letzten Jahrzehnten ist die Gedenkstättenlandschaft bezüglich der Zeit des Nationalsozialismus differenzierter geworden. Neben solchen an Orten früherer Konzentrations- und Kriegsgefangenenlager sowie an Orten von Euthanasieverbrechen sind seit den 1990er Jahren auch Gedenkstätten an Orten von NS-Justiz, -Strafvollzug, -Hinrichtungsstätten und -Polizeihaft entstanden.

Justiz und Strafvollzug leisteten einen zentralen Beitrag zur Durchsetzung, Aufrechterhaltung und Radikalisierung der NS-Herrschaft: So weist der Historiker Nikolaus Wachsmann (Wachsmann 2006) in seiner Studie „Gefangen unter Hitler“ nach, dass in den Anfangsjahren des NS mehr Menschen durch den Justizapparat verfolgt, in Strafgefängnissen und Zuchthäusern inhaftiert sowie in Hinrichtungsstätten getötet wurden als in den Konzentrationslagern, die in der öffentlichen Wahrnehmung heute deutlich präsenter sind.

Nur mit Hilfe von Justiz und Strafvollzug konnten die Nationalsozialisten ihr Terrorregime etablieren und politische Gegner_innen ausschalten. Etwa 15.000 durch den Volksgerichtshof, durch Sonder- und zahlreiche andere nicht-militärische Gerichte verhängte Todesurteile während der gesamten NS-Zeit zeugen von deren oftmals radikalen Spruchpraxis.

VERFOLGTEN- UND OPFERGRUPPEN

Gleiches galt seit Kriegsbeginn für das Vorgehen gegen den Widerstand in den besetzten Ländern. So nutzte das Reichsjustizministerium Strafgefängnisse und Zuchthäuser u.a. zur Unterbringung von Gefangenen aus Frankreich,



Hinrichtungsstätten und Haftanstalten der Reichsjustizverwaltung im Deutschen Reich und in den annektierten Gebieten. Bis 1945 existierten insgesamt 22 Hinrichtungsstätten, in denen Todesurteile vollstreckt wurden. Die Anzahl der Haftstätten auf der Karte zeigt den Zustand von Sommer 1941. Für eine bessere Übersichtlichkeit sind lediglich größere Haftanstalten aufgeführt. © Studio Tabassomi, Berlin und Gedenkstätte Wolfenbüttel

Belgien und Norwegen, die aus ihren Heimatländern ohne Hinweis auf ihren Verbleib verschleppt worden waren. Die Radikalisierung von Besatzungspolitik und Justizpraxis spiegelt sich zudem in der erhöhten Anzahl inhaftierter osteuropäischer Zwangsarbeiter_innen. Weitere Opfer von Justizverbrechen waren Frauen und Männern, die aufgrund des drakonischen Kriegsstrafrechts wegen krimineller Delikte zu unverhältnismäßig hohen Strafen bis hin zum Tode verurteilt wurden.

Hinzu kamen jene, die auf Grundlage der kriminalbiologischen und rassenhygienischen Vorstellungen der Nationalsozialisten als „asozial“ eingestuft wurden und als Justizgefangene tausendfach zu Tode kamen.

Straf- und Zuchthausgefangene gewannen mit fortschreitender Dauer des Krieges an Bedeutung für die Kriegswirtschaft: Die Anstalten beuteten ihre Arbeitskraft in den Zentralen und an unzähligen Außenarbeitsorten rücksichtslos aus. Hierfür wurden Verletzungen und Tod aufgrund schlechter Arbeitsbedingungen, unzureichender Nahrungsmittelversorgung und medizinischer Betreuung billigend in Kauf genommen. Insbesondere ab Sommer 1944 löste das Regime in den frontnahen Gebieten des heutigen Polen und in Italien Haftanstalten auf. Die Insassen mussten in der Rüstungsproduktion häufig unter Tage und zusammen mit Konzentrationslagerhäftlingen arbeiten. Dabei waren Gefängnisse und Zuchthäuser durch ihre raumgreifenden Netzwerke von Außenorten keine abgeschlossenen Tatorte. Vielmehr waren die dort begangenen Verbrechen für die Bevölkerung oftmals sichtbar und damit im Alltag und in der Gesellschaft des Nationalsozialismus präsent. So hatten beispielsweise Mitarbeiter_innen der öffentlichen Ver-

»Dabei waren Gefängnisse und Zuchthäuser durch ihre raumgreifenden Netzwerke von Außenorten keine abgeschlossenen Tatorte.«

waltung auch außerhalb des Justizsystems Kenntnis von den dortigen Vorgängen – etwa, wenn es um Finanzfragen oder die administrative Abwicklung der Bestattung von Leichnamen ging. Zivilist_innen begegneten Strafgefangenen u.a. am Arbeitsplatz.

SONDERJUSTIZ DER WEHRMACHT

Neben der „zivilen“ Justiz etablierte das NS-Regime eine Sonderjustiz für die Wehrmacht, die seit Kriegsausbruch an Bedeutung gewann (vgl. hier und im Folgenden: Messerschmidt/Wüllner 1987; Messerschmidt 2005; Kirschner 2010): Mehr als 1.000 Militärgerichte sanktionierten der „Manneszucht“ zuwiderlaufendes Verhalten mit drakonischen Strafen u.a. gegen Deserteure, „Wehrkraftzersetzer“ und „Kriegsverräter“. Daneben bildeten Kriegsgerichte in den besetzten Ländern oft ein Schlüsselement bei der Unterdrückung von Widerstandsbewegungen. Parallel zu den Zuchthäusern und Gefängnissen der Reichsjustizverwaltung, in die auch Kriegsgerichte Soldaten und Zivilisten überstellten, errichtete die Wehrmacht ein eigenes System zur Vollstreckung verschiedener Strafen. Verurteilte Soldaten wurden in Wehrmachtgefängnisse, Wehrmachtgefangenenabteilungen, Feldstrafgefangenenabteilungen sowie Feldstraflager eingewiesen. Dort mussten sie oft Zwangsarbeit verrichten, wurden militärisch gedrillt oder in verlustreiche Einsätze geschickt. Von der zentralen Bedeutung der Militärjustiz für das NS-Regime als Instrument der Herrschaftsstabilisierung zeugt u.a. die Todesurteilsbilanz: Mehr als 20.000 Todesurteile wurden durch die Wehrmacht selbst mittels Erschießen sowie durch Enthaupten und Erhängen in den Richtstätten der Reichsjustizverwaltung vollstreckt.

NACH 1945

In den Justizgedenkstätten auf dem Gebiet der ehemaligen DDR wird außer der NS-Zeit zudem die häufige Nachnutzung durch den sowjetischen Geheimdienst NKWD sowie ab 1950 durch das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) thematisiert. Nach der Niederlage des nationalsozialistischen Deutschlands wurden hier innerhalb kurzer Zeit erneut Menschen inhaftiert, die nachfolgend ohne rechts-

staatliche Prozesse und aufgrund politischer Delikte verurteilt wurden. In den Jahren der Besatzung und der frühen DDR wurden zudem Hunderttausende aus den Haftorten heraus in Speziallager oder sowjetische Strafearbeitslager deportiert oder nach der Verurteilung durch sowjetische Militärtribunale hingerichtet. Das MfS übernahm ab den frühen 1950er Jahren in vielen Fällen die Gefängnisse, um fortan Menschen aufgrund des Vorwurfs etwa von „staatsfeindlicher Hetze“, „ungesetzlicher Verbindungsaufnahme“ oder vor allem wegen des (geplanten) „ungesetzlichen Grenzübertritts“ in Untersuchungshaft zu nehmen und Geständnisse zu erzwingen. Anschließend kamen die etwa 250.000 heute als politisch gelesenen Gefangenen meist in die regulären Strafvollzugseinrichtungen des Ministeriums des Innern (Mdl), wo sie Zwangsarbeit leisten mussten.

Auch die Entwicklung und das konkrete Handeln der Justiz in den westlichen Besatzungszonen und in den Anfangsjahren der Bundesrepublik werden in der Arbeit der Justizgedenkstätten nicht ausgespart. In der Phase zwischen der Befreiung und der Gründung der beiden deutschen Staaten bestanden in den Besatzungszonen unterschiedliche Rechte und Handhabungen von Justiz und Strafvollzug sowie hinsichtlich der Vollstreckung von Todesstrafen. Praxis in der britischen Zone war nach einer kurzen Zwischenphase der Weiterbetrieb der Haftanstalten und wenigen Hinrichtungsstätten mit oftmals personellen Kontinuitäten. Manche in der NS-Zeit erlassenen Strafen galten weiter und nicht alle von NS-Gerichten Verurteilten kamen frei.

Mit der Verabschiedung und dem Inkrafttreten des Grundgesetzes 1949 wurden in der Bundesrepublik Menschen- und Bürgerrechte festgeschrieben und Rechtsstaatlichkeit mit unabhängigen Gerichten sowie Gewaltenteilung garantiert. Menschenwürde, Demokratie und andere Grundrechte bildeten nach den Erfahrungen mit der NS-Diktatur das neue Fundament der Rechtsordnung. Einige wenige Gesetze hatten dennoch über die NS-Zeit hinaus Gültigkeit. So wurden etwa homosexuelle Männer bis 1969 strafrechtlich verfolgt. 1951 wurde während des Kalten Krieges das politische Strafrecht gegen Kommunisten eingeführt. Für bestimmte, bereits im Nationalsozialismus Verfolgte kann für die Frühzeit der Bundesrepublik so-

»Für bestimmte, bereits im Nationalsozialismus Verfolgte kann für die Frühzeit der Bundesrepublik von einer justiziellen Kontinuität gesprochen werden.«

mit von einer justiziellen Kontinuität gesprochen werden. Der Strafvollzug wurde hingegen liberalisiert und dem Reformstrafvollzug der Weimarer Zeit mit dem Ziel der Resozialisierung angepasst.

JUSTIZGEDENKSTÄTTEN

Justizgedenkstätten forschen, sammeln und vermitteln an den historischen Orten von Straf-, Untersuchungs-, Polizei- und Militärgefängnissen, von Zuchthäusern sowie Hinrichtungsstätten. Sie dokumentieren sowohl die Taten der NS-Justiz an hunderttausenden Verurteilten aus ganz Europa als auch die Zeit nach 1945. Zu ihrer gegenwartsbezogenen historisch-politischen Bildungsarbeit an diesen Epochen-überspannenden Orten gehört die Aufklärung über die Täter_innen und juristischen Akteur_innen. Vielfach wurde an diesen Orten nach 1945 erneut Justizunrecht begangen. Auch solche Zusammenhänge werden von den Gedenkstätten in ihrer Forschung, in Ausstellungen und der Bildungsarbeit aufgezeigt: Nicht nur Kontinuitäten der Orte, sondern auch der Verfolgungsgründe (u.a. bei Homosexuellen und Zeugen Jehovas) sowie spezielle Aspekte des Strafvollzugs (etwa Zwangsarbeit von Strafgefangenen) und dessen Folgen für Überlebende, deren Angehörige und die nachfolgenden Generationen werden thematisiert, ebenso wie Entschädigung und Aufhebung der NS-Urteile.

»Zu ihrer gegenwartsbezogenen historisch-politischen Bildungsarbeit an diesen Epochen-überspannenden Orten gehört die Aufklärung über die Täter_innen und juristischen Akteur_innen.«

Eine Besonderheit unserer Bildungsarbeit besteht darin, dass sich die Gedenkstätten teilweise in oder unmittelbar bei aktiv genutzten Justizvollzugsanstalten befinden, wodurch ein konkreter Gegenwartsbezug besteht. Daher finden vielerorts gemeinsame Workshops mit den Justizvollzugsanstalten statt. Weitreichende Kooperationen ermöglichen es zudem, berufsgruppenspezifische Bildungsangebote für Institutionen der Justiz und des Justizvollzugs durchzuführen.

DER „ARBEITSKREIS JUSTIZ-GEDENKSTÄTTEN“

Die Bedeutung der Straf-, Militär-, Polizeihaft- und Untersuchungsgefängnisse, der Zuchthäuser und Richtstätten als Tatorte sollte für die Öffentlichkeit deutlicher erkennbar werden. Daher haben wir uns als Vertreter_innen der entsprechenden Gedenkstätten im Jahr 2013 im „Arbeitskreis Justiz-Gedenkstätten“ zusammengeschlossen. Gemäß den Wünschen von noch lebenden Betroffenen und deren Angehörigen haben wir uns zum Ziel gesetzt, dieser zum Teil immer noch unzureichend wahrgenommenen Opfergruppe zu größerer öffentlicher Aufmerksamkeit zu verhelfen, um eine Würdigung ihrer Schicksale zu erreichen.

Dafür ist eine Vernetzung der Justizgedenkstätten erforderlich, um sich bei dem notwendigen räumlichen und personellen Auf- und Ausbau, der Interessenvertretung, dem Einwerben von Mitteln für Forschungsprojekte usw. gegenseitig zu unterstützen. Zu diesem Zweck trifft sich der Arbeitskreis einmal jährlich zweitägig, um sich über Ideen und Projekte auszutauschen, neue Impulse zu bekommen, Strategien zur Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit zu entwickeln, aber auch um über Probleme und Hürden der Gedenkstättenarbeit zu sprechen. Um die Interessen unserer Gedenkstätten zu vertreten, sind die Vertreter_innen des Arbeitskreises regelmäßig auf Fachtagungen präsent, geben Stellungnahmen zu Fragen der Erinnerungspolitik ab und stehen im Austausch mit politischen Entscheidungsträger_innen.

Gerade aufgrund der bisher zu geringen öffentlichen Sichtbarkeit der zahlreichen und vielfältigen Justizgedenkstätten, freuen wir uns über die Möglichkeit, sie in diesem Heft gebündelt vorzustellen und wünschen diesen Einrichtungen eine stärkere Beachtung in der Gedenkstättenlandschaft und in der Öffentlichkeit.

LITERATUR



Kirschner, Albrecht (Hrsg.): Deserteure, Wehrkraftzersetzer und ihre Richter. Marburger Zwischenbilanz zur NS-Militärjustiz vor und nach 1945, Marburg 2010.



Messerschmidt, Manfred: Die Wehrmachtjustiz 1933–1945, Paderborn u.a. 2005.



Messerschmidt, Manfred/Wüllner, Fritz: Die Wehrmachtjustiz im Dienste des Nationalsozialismus. Zerstörung einer Legende, Baden-Baden 1987.



Wachsmann, Nikolaus: Gefangen unter Hitler. Justizterror und Strafvollzug im NS-Staat, München 2006.

Autor:innen



Lars Skowronski und *Martina Staats* sind Sprecher_innen des Arbeitskreises Justiz-Gedenkstätten.

Gedenkstätte Amthordurchgang Gera

von Frank Karbstein und Nicole Schönherr-Trenkmann

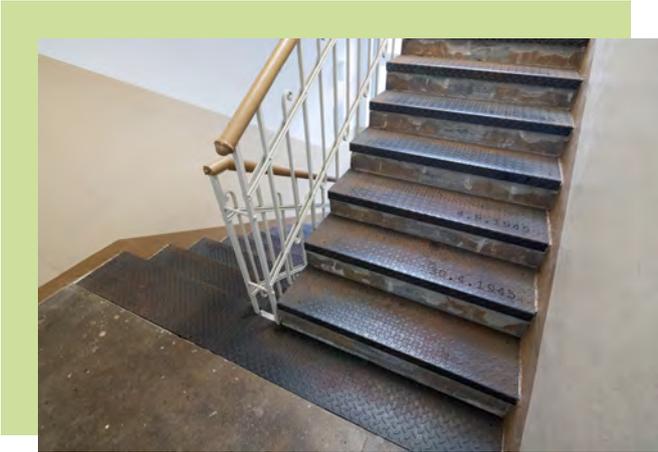
GESCHICHTE DES HISTORISCHEN ORTES

Der einstige Gefängnisbau, erstmalig 1876 in der Geraer Stadtchronik erwähnt, diente ursprünglich als Untersuchungsgefängnis für das ebenfalls um diesen Zeitpunkt errichtete Landgericht. Es diente zeitgleich als Haftanstalt für das damalige Amtsgericht. Ab der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 bis zum Ende der DDR 1989 saßen hier überwiegend aus politischen Gründen inhaftierte Personen ein. Unter der jeweiligen Leitung erst der Gestapo, dann der sowjetischen Militärpolizei und dem Geheimdienst der Sowjetunion (NKWD) sowie schließlich dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS) wurde die Haft als willkürliches Machtinstrument genutzt; die Insassen wurden gefoltert, verschleppt und zur Zwangsarbeit missbraucht. Nicht wenige kamen insbesondere in der Zeit des Nationalsozialismus hier zu Tode.

ENTSTEHUNG DER GEDENKSTÄTTE

Nach 1989 wurde die Haftanstalt zunächst geschlossen. Das Land Thüringen nahm bauliche Veränderungen vor und nutzte das Gebäude bis 1999 weiterhin als Untersuchungshaftanstalt und Gefängnis. Bereits 1997 gründeten ehemalige politisch Verfolgte und vom SED-Regime Inhaftierte den Verein Gedenkstätte Amthordurchgang. 1999 plante das Land Thüringen den Abriss der Haftanstalt, der trotz massiver Proteste nicht verhindert werden konnte. Dem Verein gelang es, durch die Besetzung der leerstehenden Haftanstalt zumindest das Torhaus im ehemaligen Eingangsbereich als Ort für eine Gedenkstätte zu erhalten. Diesem Engagement und der überregionalen Unterstützung ist es zu verdanken, dass 2005 die Gedenkstätte eröffnet werden konnte.

KONZEPTION DER GEDENKSTÄTTE



Treppeninstallation in der Gedenkstätte.
© Christoph Beer 2021

Die Neukonzeption der Dauerausstellung und damit einhergehend die Neuausrichtung der Gedenkstättenarbeit sind aktuelle Herausforderungen. Die Gedenkstätte Amthordurchgang ist ein stark überzeichneter Erinnerungsort; unmittelbare bauliche Zeugnisse sind durch den Abriss der Haftgebäude und durch Nachnutzungen (als Parkplatz und Einkaufszentrum)

verloren gegangen. Die häufig anzutreffende Erwartung der Besucher*innen nach „eindeutigen“ Spuren des Vergangenen bleiben damit unerfüllt. Authentisch ist der Ort demnach nicht mehr, historisch bedeutsam hingegen unbestritten – nicht nur für ehemalige Inhaftierte, die mit ihm individuelles Gedenken und Erinnern verbinden.

Diese „Leerstelle“ wird als Chance genutzt. Zukünftig drei Orte vereinernd – das Torhaus des Hafttraktes, Rudimente des Zellentraktes sowie den überbauten Ort selbst – soll die neue Dauerausstellung der Frage nachgehen, wann Recht zu Unrecht wird. Dieses Leitmotiv führt durch die fünf politischen Systeme, in denen die ehemalige Haftanstalt im Amthordurchgang als Gefängnis genutzt wurde. Durch die Behandlung der Thematiken Haft und Justiz bis in die Gegenwart hinein wird neben der Opfer- und Täterperspektive auch die Verantwortung der deutschen Mittäterschaft (etwa als Mitläufer*innen, die breite Masse der „Zuschauenden“ etc.) eine Rolle spielen.

»Die Gedenkstätte Amthordurchgang ist ein stark überzeichneter Erinnerungsort.«

Ein vermittlungsorientiertes Ausstellungsformat wird eine multiperspektivische Sicht auf die Geschichte (des Strafvollzuges) ermöglichen, auch mit Blick auf die Handlungsoptionen von Individuen damals und heute. Pädagogisches Ziel ist es, die Besucher*innen zu eigener Meinungsbildung zu befähigen, sodass auch Grundsatz-

fragen zu Demokratie, Menschenrechten und Zivilcourage diskutiert werden. Durch den Brückenschlag zwischen Vergangenheit und Gegenwart soll eine ganzheitliche Betrachtung politischer und gesellschaftlicher Themen ermöglicht werden.

„GESICHTER DER WISMUT“

Das durch die Gedenkstätte initiierte interdisziplinäre Zeitzeug*innen- und Begegnungsprojekt „Gesichter der Wismut“ wird durch das Bundesprogramm Jugend erinnert der Bundesstiftung Aufarbeitung gefördert. Am Beispiel des Bergbauunternehmens Wismut, das bis 1990 ausschließlich für die sowjetische Atom- und Rüstungsindustrie Uran förderte, lässt sich das vom SED-Staat ausgehende Unrecht, dessen Komplexität und Ambivalenz gut veranschaulichen. Hierfür gilt es u.a., die verursachten Repressionen und inhärenten Paradoxien zur Manipulation aufzuspüren und kritisch zu befragen. Gera und Ronneburg sowie die umliegenden Dörfer sind geprägt von der Geschichte des Uranabbaus. Egal ob alte Schachtanlagen, Straßennamen, Wohnarchitektur, individuelle Familienbiografien, Erinnerungen oder Traditionen: Vielerorts zeigen sich Einflüsse der Wismut.

Im Projekt erlernen Schüler*innen Schlüsselqualifikationen historischen und wissenschaftlichen Arbeitens sowie digitalen Erzählens und Programmierens am eigenen Wohnort. Es entstehen eine interaktive mobile Wanderausstellung und eine Website. Beide Formate dienen nach Projektende als analoges und digitales Schüler*innenarchiv.

Autor:innen



Frank Karbstein ist Vorsitzender des Vereins Gedenkstätte Amthordurchgang e.V.

Nicole Schönherr-Trenkmann ist Leiterin des „Archiv der Erinnerung“ an der Gedenkstätte Amthordurchgang.



Gedenkstätte Amthordurchgang

Amthordurchgang 9

07545 Gera

Tel.: 0365 55 27 630

E-Mail: info@torhaus-gera.de

Homepage: www.torhaus-gera.de

Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße Erfurt

von Jochen Voit

WORAN WIR ERINNERN

Die Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße ist ein modernes Geschichtsmuseum in Erfurt und der zentrale Erinnerungsort zur SED-Diktatur in Thüringen. Ein Großteil unserer Räumlichkeiten befindet sich im ehemaligen Erfurter Gefängnis. Das rote Backsteingebäude war besonders zu DDR-Zeiten ein gefürchteter Ort. Hier inhaftierte das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) auf zwei Etagen mehr als 5.500 Menschen aus politischen Gründen. Die Anschuldigungen lauteten etwa: Spionage, Sabotage, Untergrundtätigkeit oder antidemokratische Hetze. Nach dem Mauerbau 1961 kamen vor allem jene Menschen in Stasi-Untersuchungshaft, die versucht hatten, die DDR Richtung Westen zu verlassen. Sie wurden von der Außenwelt abgeschottet und von einem regulären Strafverfahren ausgeschlossen. Ihren Haftalltag bestimmten Verhöre, Isolation und Desorientierung. Weitere Insassen befanden sich im Erd- und Untergeschoss in Gewahrsam der Volkspolizei – unter ihnen waren gleichfalls politische Häftlinge, etwa Männer, die den Militärdienst verweigert hatten.

»Die Andreasstraße war nicht nur ein Ort der Unterdrückung, sondern auch Schauplatz der Befreiungsbewegung.«

Die Andreasstraße war aber nicht nur ein Ort der Unterdrückung, sondern auch Schauplatz der Befreiungsbewegung: Hier gelang es Menschen am 4. Dezember 1989 erstmals, eine Zentrale der gefürchteten DDR-Geheimpolizei und die dazugehörige Haftanstalt zu besetzen. Sie retteten Stasi-Akten vor der Vernichtung und schufen so eine wesentliche Voraussetzung für die Aufarbeitung der Diktatur. Menschen in anderen ostdeutschen Städten folgten ihrem Beispiel.

WIE WIR WURDEN, WAS WIR SIND

Das alte Gefängnisgebäude war von 1878 bis 2002 in Benutzung, danach drohte es zu verfallen. Doch ehemalige

Beteiligte der Friedlichen Revolution und ehemalige politische Häftlinge setzten sich für seinen Erhalt ein. Sie organisierten erste Führungen und veranstalteten Gottesdienste, Konzerte und Kunstausstellungen. Nach Debatten um die inhaltliche Ausrichtung des Erinnerungsortes übernahm 2012 die Stiftung Ettersberg die Trägerschaft und begann, einen professionellen Erinnerungs- und Lernort zu entwickeln. So entstand, als bewusster Gegenentwurf zu den „Mahnstätten“ alter Schule, ein Ort, an dem Diktaturgeschichte auf leichte und nachvollziehbare Art verhandelt wird – vor allem aus Sicht derer, die angeeckt sind. Das Außergewöhnliche der Geschichte des Ortes spiegelt sich in unserer Gedenkstättenarbeit. Das Konzept baut auf Neugier und die Lust an popkulturell inspirierten Wegen der Vermittlung. Wir wollen informieren und irritieren, nachdenklich machen und ermutigen.

»Wir wollen informieren und irritieren, nachdenklich machen und ermutigen.«

Der Titel unserer Dauerausstellung „HAFT | DIKTATUR | REVOLUTION – Thüringen 1949–1989“ bezeichnet zugleich die drei Stockwerke der Gedenkstätte: Der Rundgang durch die Ausstellung führt gleichsam von der Repression zur Revolution. In den Ausstellungsräumen fungieren Medienstationen als Scharniere zum historischen Ort. Hier sprechen Zeitzeug*innen, insbesondere ehemalige politische Häftlinge und Besetzer*innen der Stasi-Zentrale.

WEN WIR ERREICHEN WOLLEN

Als publikumsorientierte Gedenkstätte ist zielgruppen-genaues Arbeiten Teil unseres Konzepts. Als Bildungseinrichtung und außerschulischer Lernort richten wir uns vor allem an die jüngeren Generationen. Wir haben populäre Formate wie Musik-, Film- oder Comic-Workshops entwickelt und ermuntern jugendliche Teilnehmer*innen, individuelle Erfahrungen aus ihrer Lebenswelt in Beziehung zu den Themen unseres Hauses zu setzen: „Wie klingt Meinungsfreiheit?“ hieß etwa das Thema eines Musik-Workshops, den wir zusammen mit lokalen Künstler*innen durchgeführt haben. Wir arbeiten multiperspektivisch und stellen historisch-politische Erzählungen zur Diskussion. Dies wird nicht nur von Jugendlichen geschätzt. Erwachsene sind gleichfalls dankbar, wenn sie nicht mit verordneter Betroffenheit konfrontiert werden, sondern sich selbst ein

Bild machen können. Wir möchten unsere Besucher*innen stets mit neuen vielfältigen Formaten ansprechen: Seit kurzem etwa mit einer digitalen Ausstellungserweiterung, die für Lehrkräfte und Schulklassen bei der Vorbereitung eines Gedenkstättenbesuchs inspirierend sein kann.

WORAN WIR AKTUELL ARBEITEN



Zu Comic-Panels verdichtete »Lebenswege zwischen Anpassung und Individualität«. © Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße

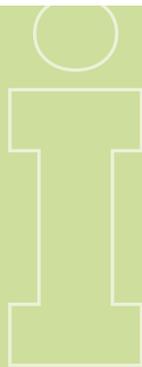
In den kommenden Jahren wollen wir uns für weitere Zielgruppen öffnen, noch mehrsprachiger werden und bessere Zugänge für Menschen mit Beeinträchtigung ermöglichen. Im Bereich der Inklusion veranstalten wir mit kultwerk inklusiv – Inklusive Werkstatt für Kultur und Geschichte e. V. Führungen im Tandemverfahren, d.h. mit jeweils einem

Guide mit und ohne Lernschwierigkeiten. Zudem arbeiten wir an Tastführungen für blinde und sehbehinderte Menschen und an einem Comic über eine deutsch-deutsche Liebesgeschichte.

Autor:in



Dr. Jochen Voit ist Historiker, Ausstellungskurator und Comic-Szenarist. Seit 2012 leitet er die Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße in Erfurt.



Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße

Andreasstraße 37a

99084 Erfurt

Tel.: 0361 219 212-14

E-Mail: andreasstrasse@stiftung-etttersberg.de

Homepage: www.andreasstra%C3%9F.de

Gedenkstätte Zuchthaus Brandenburg-Görden

von *Susanne Schöffner-Krohn*



Ausstellungs- und Seminargebäude der Gedenkstätte Zuchthaus Brandenburg-Görden. © Gedenkstätten Brandenburg a. d. Havel

Die Gedenkstätte Zuchthaus Brandenburg-Görden ist seit 1992 Teil der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten. Zu ihr gehört eine ehemalige Hinrichtungsstätte der NS-Justiz. Diese ist auf Initiative eines ehemaligen Häftlings bereits seit 1949 ein Gedenkort und befindet sich innerhalb der heutigen Justizvollzugsanstalt (JVA) Brandenburg an der Havel. Die Hinrichtungsstätte wurde im Sommer 1940 in einer

Garage des Zuchthauses eingerichtet und war gemessen an den Hingerichteten die zweitgrößte im Deutschen Reich. Zwischen 1940 und 1945 wurden hier 2.032 Männer aus ganz Europa, meist mit dem Fallbeil, hingerichtet. Verurteilende Gerichte waren etwa das Reichskriegsgericht und der Volksgerichtshof.

Seit 2018 befindet sich im ehemaligen Direktorenwohnhaus des Zuchthauses eine Ausstellung zum Strafvollzug in der Strafanstalt Brandenburg-Görden, die 1933–1945 ein überregional bedeutender Ort nationalsozialistischer Justizverbrechen war. Gefangene aus dem Deutschen Reich wie dem restlichen Europa und Sicherungsverwahrte wurden hier durch überzogene Strafmaße, unmenschliche Haftbedingungen, die exzessive Ausweitung der Todesstrafe und rassenhygienische Ausmerzungsprogramme Opfer der nationalsozialistischen Diktatur.

»Die Hinrichtungsstätte wurde im Sommer 1940 in einer Garage des Zuchthauses eingerichtet und war gemessen an den Hingerichteten die zweitgrößte im Deutschen Reich.«

Zwischen 1946 und 1950 gehörte die Zuchthausanlage zum größten Repatriierungslager der sowjetischen Besatzungszone. Hier wurden ehemalige sowjetische Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter*innen und KZ-Häftlinge zunächst überprüft und dann in die Sowjetunion zurückgebracht. Ab 1948 führten deutsche Stellen in Teilen der Anstalt Strafvollzug durch. Inhaftiert waren zunächst mehrheitlich nationalsozialistische Täter. Ab 1950 war die dem Ministerium des Innern unterstellte Volkspolizei für das Gefängnis zuständig. Sie setzte ein hartes Strafvollzugssystem mit militärischem Charakter durch. Zu dieser Zeit füllte sich die Anstalt mit Gegner*innen des sich etablierenden sozialistischen Systems. Gleichzeitig nahm der Anteil an Insassen zu, die wegen krimineller Delikte verurteilt wurden.

Seit den 1960er Jahren gewann die so genannte sozialistische Erziehung der Gefangenen sowie der massive Ausbau der Haftarbeit an Bedeutung. Erst 1977 trat ein Strafvollzugsgesetz mit Verbesserungen der Haftbedingungen in Kraft. Trotzdem waren die Gefangenen Schikanen des Strafvollzugspersonals und einer Überwachung durch die Staatssicherheit ausgeliefert. Mit der politischen Wende in der DDR brach im Herbst 1989 auch das repressive Strafvollzugssystem in Brandenburg an der Havel zusammen. Heute ist die nach 2008 grundlegend modernisierte und denkmalgeschützte Anlage der JVA für gut 330 männliche Gefangene ausgelegt.

KONZEPTION UND ANGEBOTE DER GEDENKSTÄTTE

Unweit der heutigen JVA ist im ehemaligen Direktorenwohnhaus die Dauerausstellung „Auf dem Görden. Die Strafanstalt Brandenburg im Nationalsozialismus (1933–1945) und in der DDR (1949–1990)“ zu sehen. Die Kapitel zu den beiden Diktaturen sind räumlich getrennt und farblich unterschieden. So soll ihr unterschiedlicher Charakter kenntlich gemacht und somit eine Gleichsetzung verhindert werden. Einführend thematisiert die Ausstellung die Baugeschichte der so genannten Musteranstalt „Zuchthaus Brandenburg-Görden“ und den Reformstrafvollzug der Weimarer Republik. Abschließend wird der gegenwärtige Strafvollzug thematisiert, der heute dem Resozialisierungsgedanken verpflichtet ist. Themen- und ausgewählte Objekttexte sind in Leichter Sprache verfasst.

Die Gedenkstätte bietet Führungen, Studientage sowie Mehrtagesprojekte zum NS- und DDR-Strafvollzug an. Bestandteil der Angebote zum NS-Strafvollzug ist der Besuch der ehemaligen Hinrichtungsstätte, wo ein originales Fallbeispiel der NS-Justiz zu sehen ist. Zu den Studientagen gehören die selbstständige Arbeit mit historischen Dokumenten und Zeitzeugeninterviews sowie Auswertungsdiskussionen im Plenum. Dabei werden Themen wie die Verfolgung politischer und „rassistischer“ Gegner im Strafvollzug des Nationalsozialismus und die politische Dimension von Strafverfolgung sowie -vollzug in der SBZ/DDR vermittelt. Auch Fragen zum gegenwärtigen Strafvollzug werden diskutiert. Die pädagogischen Angebote stehen allen offen, richten sich aber im Besonderen an Schüler*innen und Studierende, sowie an Personen, die im Justizwesen und bei der Polizei arbeiten. Es ist für alle Gruppen möglich, eine inklusive Führung in Leichter Sprache von Guides mit Lernschwierigkeiten zu erhalten. Ab Herbst 2023 bietet die Gedenkstätte zusätzlich eine digitale Lernanwendung mit Biografien von Görden-Häftlingen an, die auch im Speziallager Sachsenhausen oder im sowjetischen Untersuchungsgefängnis Leistikowstraße Potsdam inhaftiert waren.

LITERATUR



de Pasquale, Sylvia: Zwischen Resozialisierung und „Ausmerze“. Strafvollzug in Brandenburg an der Havel (1920–1945), Berlin 2013.

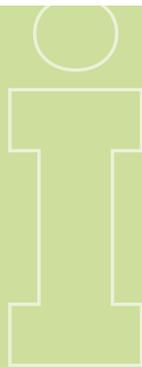


de Pasquale, Sylvia/Nagel, Sebastian (Hrsg.): Auf dem Görden. Die Strafanstalt Brandenburg im Nationalsozialismus (1933–1945) und in der DDR (1949–1990). Eine Ausstellung am historischen Ort, Berlin 2020.

Autor:in



Susanne Schöffner-Krohn ist Kulturwissenschaftlerin und pädagogische Mitarbeiterin der Gedenkstätten Brandenburg an der Havel.



Gedenkstätten Brandenburg an der Havel

Nicolaiplatz 28/30

14770 Brandenburg an der Havel

Tel.: 03381 7935-112 /-113

E-Mail: brandenburg@stiftung-bg.de

Homepage: www.brandenburg-zuchthaus-sbg.de

Gedenkstätte Bautzen

von *Silke Klewin*

DER HAFTORT

Wer in das ostsächsische Bautzen reist, wird schon am Ortseingang eines der zwei Gefängnisse wahrnehmen. Die heutige Justizvollzugsanstalt (JVA) ging 1904 als Königlich-Sächsische Landesstrafanstalt für 1.100 männliche Häftlinge in Betrieb. Nur zwei Jahre später bekam Bautzen I, wegen seiner gelben Klinkerfassade „Gelbes Elend“ genannt, ein weiteres, deutlich kleineres Gefängnis zur Seite



Garagenhof und Hafthaus Bautzen II.
© StSG/GSBZ, Jan-Henrik Peters

gestellt: Bautzen II, ein Gerichtsgefängnis für 200 Untersuchungshäftlinge. Mit diesen beiden Gefängnissen, die im Laufe der Zeit von unterschiedlichen Regimes genutzt wurden, spiegelt sich in Bautzen exemplarisch die Geschichte politischer Verfolgung und Haft im 20. Jahrhundert in Deutschland. Bautzen I diente der NS-Justiz als

Strafgefängnis, Bautzen II als Gefängnis für Justiz- und sogenannte Schutzhäftlinge. Später nutzte die Geheimpolizei der sowjetischen Besatzungsmacht das Haus als „Operativgefängnis“, zeitgleich wurde das „Gelbe Elend“ als sowjetisches Speziallager Nr. 4 von 27.000 Gefangenen durchlaufen. Zwischen 1945 und 1950 starben 3.000 Gefangene an den unmenschlichen Haftbedingungen. Anschließend richtete das Ministerium für Staatssicherheit in Bautzen II eine Sonderhaftanstalt für sogenannte „Staatsverbrecher“ ein. Bautzen I wurde eine „ganz normale“ DDR-Haftanstalt des Innenministeriums, in der auch Systemgegner*innen inhaftiert waren. Mit der Friedlichen Revolution endete die Inhaftierung politischer Häftlinge in Bautzen.

»Bautzen I wurde wegen seiner gelben Klinkerfassade 'Gelbes Elend' genannt.«

ENTSTEHUNG DER GEDENKSTÄTTE

Nach der Entlassung aller politischen Häftlinge Ende 1989 wurde Bautzen I zu einer modernen JVA ausgebaut, auch Bautzen II wurde zunächst weiter von der Justiz genutzt. Die Initiative zur Schaffung eines Gedenkortes ging vom Bautzen-Komitee aus, der Vereinigung ehemaliger politischer Häftlinge beider Bautzener Gefängnisse. 1993 beschloss der Sächsische Landtag, dass Bautzen II, die ehemalige Stasi-Sonderhaftanstalt, zu einer Gedenkstätte wird. Diese ist heute Teil der Stiftung Sächsische Gedenkstätten. Sie wird hälftig aus Mitteln vom Freistaat Sachsen und dem Bund finanziert.

Die komplexe Geschichte der beiden Bautzener Haftanstalten wird in drei Dauerausstellungen dokumentiert:

- Haft unterm Hakenkreuz. Bautzen I und II
- Das sowjetische Speziallager Bautzen
- Das Stasi-Gefängnis Bautzen II

KONZEPTION DER GEDENKSTÄTTE

Die Wahrung des historischen Ortes und seiner Merkmale ist der Ausgangspunkt der Gedenkstättenkonzeption. Als steinerner Zeuge des Unrechts ist das Haftgebäude Hauptausstellungsstück. Die Vermittlung der Geschichte von zwei Gefängnissen in drei Verfolgungsperioden erfolgt über den Ort selbst, über Dauer- und Sonderausstellungen sowie vielfältige Bildungsangebote.

Die Gedenkstätte ist als „offener Lernort“ gestaltet. Sie bezieht Position, vermittelt aber keine fertigen Wahrheiten oder gar verbindliche Geschichtsbilder. Die Besucher*innen werden in die Lage versetzt, die Geschichte anhand ihrer Relikte selbst zu rekonstruieren und eigene Schlüsse aus dem Gesehenen zu ziehen. Der historische Ort wird erläutert, historische Zusammenhänge erklärt; auch strittige Fragen werden thematisiert.

»Die Gedenkstätte bezieht Position, vermittelt aber keine fertigen Wahrheiten oder gar verbindliche Geschichtsbilder.«

Der Darstellung von Biografien kommt ein großer Stellenwert zu: Besucher*innen erfahren, wer hier aus welchen Gründen inhaftiert war, wer hier gearbeitet hat und wer Täter*in wurde. Sie erfahren aber auch, wie politische Justiz in den Diktaturen des 20. Jahrhunderts funktionierte und werden angeregt, über eigenverantwortliches Handeln in der heutigen Zeit nachzudenken.

„STAGE OF MEMORY“

Die Gedenkstätte möchte mit offenen und partizipativen Formen ihre Bildungsarbeit verbessern und bisher kaum erreichte Zielgruppen ansprechen: Das neue Modul Stage of Memory lässt Jugendliche ihre eigenen Fragen an die Geschichte stellen, wobei eine kreative Auseinandersetzung ausdrücklich erlaubt ist. Das mehrtägige Angebot „Stasiknast: Mach Dein Projekt draus!“ wird von einem Theater-, einem Gedenkstätten-Pädagogen und Zeitzeug*innen begleitet. Die Teilnehmenden lernen zunächst das Haus und dessen Geschichte kennen. Anschließend bringen sie ihre Erlebnisse und Erkenntnisse in szenischem Spiel, Klang- und Bildinstallationen, kreativem Schreiben und manchmal sogar tänzerisch zum Ausdruck.

HERAUSFORDERUNGEN

Für die nächsten Jahre steht die Gedenkstätte vor großen Herausforderungen: So sind Führungen durch ehemalige Häftlinge bislang integraler Bestandteil unseres Angebots. Doch die Zeitzeug*innen schwinden. Deshalb geht 2023 eine App an den Start, mit deren Hilfe sich Besucher*innen individuell von „medial-konservierten“ Zeitzeug*innen durch das Haus führen lassen können. Außerdem sind der Erhalt der historischen Bausubstanz, die dringend gebotene Digitalisierung der Bestände des Zeitzeugenarchivs sowie der Sammlungen, nicht zuletzt die Erarbeitung zeitgemäßer Vermittlungsformate mit Bezügen zur Gegenwart wichtige Aufgaben, die es zu bewältigen gilt.

LITERATUR

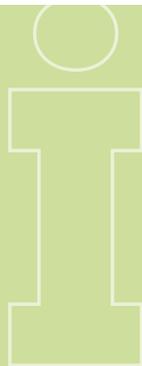


Klewin, Silke: Bautzen, in: Sabrow, Martin (Hrsg.):
Erinnerungsorte der DDR, München 2009, S. 43–53.

Autor:in



Silke Klewin ist Historikerin. Sie leitet die Gedenkstätte Bautzen und begleitet mit einem kleinen Team von Historiker*innen und Gedenkstätten-Pädagog*innen die Weiterentwicklung des Hauses.



Gedenkstätte Bautzen

Weingangstraße 8a

02625 Bautzen

Tel.: 0 3591 40474

E-Mail: info.bautzen@stsg.de

Homepage: www.gedenkstaette-bautzen.de

Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus

von Isabel Missling und Jennifer Rietz

VOM „KÖNIGLICHEN CENTRALGEFÄNGNIS“ ZUR BRANDENBURGER JUSTIZVOLLZUGSANSTALT

1860 entstand auf der grünen Wiese vor den Toren von Cottbus eine für die damalige Zeit moderne Haftanstalt für Männer und Frauen. Ab 1930 arbeitete man, insbesondere im Jugendstrafvollzug für männliche Jugendliche, mit sozialreformerischen Konzepten; diese Ansätze traten allerdings mit der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten in den Hintergrund. Die Zahl politischer Gefangener nahm hingegen zu.



Torhaus der Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus.
© Menschenrechtszentrum Cottbus e.V.

Ab Mitte 1937 verbüßten dann ausschließlich Frauen hier ihre Haftstrafe. 1939 wurde die Haftanstalt zum einzigen Frauenzuchthaus im Kammergerichtsbezirk Berlin. Unter den Insassinnen befanden sich Gegnerinnen des NS-Regimes, nach Kriegsbeginn auch mehrere hundert aus-

ländische Widerstandskämpferinnen. Viele von ihnen wurden von Cottbus aus in Konzentrationslager deportiert.

Nach Kriegsende übernahm die Stadtverwaltung das Areal, bevor sie es dem Justizministerium des Landes Brandenburg übergab. 1951 übertrug die SED die vornehmlich wieder als Männergefängnis genutzte Haftanstalt dem DDR-Ministerium des Innern. Nun stieg die Zahl der Häftlinge rapide an und die Haftbedingungen verschlechterten sich. Immer mehr Inhaftierte saßen aus politischen Gründen ein, etwa wegen „versuchter Republikflucht“ oder „staats-

feindlicher Hetze“. 1990 schließlich von der Brandenburger Justiz übernommen, wurde das Gefängnis noch bis 2002 als Justizvollzugsanstalt weitergeführt und stand dann bis zum Einzug der Gedenkstätte leer. Seit 2020 steht das gesamte Gelände unter Denkmalschutz.

VON EINER HAFTANSTALT ZU EINEM ORT DER BILDUNG UND BEGEGNUNG

Die Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus ist ein einzigartiges Projekt in der Erinnerungslandschaft Deutschlands. Denn alleiniger Eigentümer des Areals ist seit 2011 der private Verein Menschenrechtszentrum Cottbus e. V. (MRZ), den 2007 überwiegend ehemalige Häftlinge gründeten, um aus ihrem früheren Gefängnis einen Ort der Bildung, Erinnerung und Mahnung zu machen. Finanziert wird die Arbeit der 2012 eröffneten Gedenkstätte maßgeblich aus Mitteln von Bund, Land und Stadt sowie durch Spenden von Privatpersonen und Firmen.

Mit einem breiten Bildungsangebot und öffentlichen Veranstaltungen hat sich die Gedenkstätte als außerschulischer Lern- und Begegnungsort überregional etabliert. Zu den wichtigsten Anliegen des Vereins zählen die Erforschung und Darstellung der Geschichte des Haftortes. Im Mittelpunkt stehen dabei insbesondere die Menschen, die aus politischen Gründen zur Zeit des Nationalsozialismus und in der DDR inhaftiert waren. Die Verantwortung, der doppelten Diktaturgeschichte sowohl pädagogisch als auch wissenschaftlich gerecht zu werden, stellt das MRZ immer wieder vor Herausforderungen. Eine Aufgabe für die Zukunft ist es, die Bedeutung des Standorts als einzige (nicht-virtuelle) Gedenkstätte für ein nationalsozialistisches Frauenzuchthaus in Deutschland stärker hervorzuheben und Besucher*innen mehr Informationen dazu zur Verfügung zu stellen.

»Das Menschenrechtszentrum Cottbus e.V. wurde von ehemaligen Häftlingen gegründet, um aus ihrem früheren Gefängnis einen Ort der Bildung, Erinnerung und Mahnung zu machen.«

HERAUSFORDERUNGEN ALS CHANCE NUTZEN – WAS ZEICHNET EINE MODERNE GEDENKSTÄTTE AUS?

Um zukunftsfähig zu bleiben, sind stete Selbstreflexion und die Entwicklung neuer Konzepte erforderlich. Neben dem Älterwerden der Zeitzeug*innen und einem sich verändernden Besuchsverhalten werfen auch die aktuellen gesellschaftlichen Krisen Fragen nach dem Auftrag der Gedenkstätte auf. Wir möchten auf Wünsche nach einer stärker erlebnisorientierten Pädagogik eingehen, neue Formate wie Theater- oder Comicworkshops entwickeln und mehr Dialog mit den Besucher*innen erreichen. Zu diesem Zweck sind wir in Kontakt mit anderen Gedenkstätten und Institutionen, um uns über neue Formate auszutauschen und voneinander zu lernen.

Darüber hinaus stellt sich die Frage, wer künftig die Zielgruppen der Gedenkstätte sein werden und mit welchen Angeboten diese bestmöglich erreicht werden können. Schon jetzt ist im MRZ ein Generationswechsel spürbar: Während in den ersten Jahren neben Schulklassen vornehmlich ehemalige Häftlinge die Angebote wahrnahmen, besuchen nun zunehmend Angehörige von Betroffenen das ehemalige Gefängnis – aber auch angehende Erzieher*innen und anderweitig Interessierte.

LITERATUR



Alisch, Steffen: Strafvollzug im SED-Staat. Das Beispiel Cottbus, Frankfurt am Main 2014.



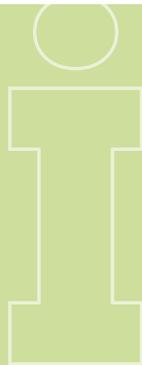
Menschenrechtszentrum Cottbus e. V.: Eingesperrt in Cottbus. Ehemalige Politische Häftlinge im Spiegel der Menschenrechtsverletzungen in der DDR. Bildungsmaterialien für die Sekundarstufe I und II, Cottbus 2015.

Autor:innen



Isabel Missling, M. A. in Geschichtswissenschaften, ist seit Dezember 2021 Bildungsreferentin in der Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus.

Jennifer Rietz, M. A. in Public History, war die letzten Jahre in verschiedenen Museen und Gedenkstätten tätig. Seit 2017 arbeitet sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus.



Menschenrechtszentrum Cottbus e. V.

Bautzener Straße 140

03050 Cottbus

Tel.: 0 355 290 133-0

E-Mail: info@menschenrechtszentrum-cottbus.de

Homepage: www.menschenrechtszentrum-cottbus.de

Lernort Keibelstraße

von Birgit Marzinka

GESCHICHTE DES ORTES

Der Lernort Keibelstraße liegt im Norden des Berliner Alexanderplatzes. Der Ort blickt auf eine wechselhafte Geschichte: Das Präsidium der Berliner Polizei befand sich lange Zeit in der sogenannten „Roten Burg“ in unmittelbarer Nähe. Nach deren Zerstörung im Zweiten Weltkrieg und der Teilung der Berliner Polizei im Jahr 1948 zog die Leitung der Deutschen Volkspolizei in das Gebäude der ehemaligen Hauptverwaltung des Karstadt-Konzerns und späteren Sitz des Statistischen Reichsamtes: in die nach dem Krieg ebenfalls stark zerstörte Keibelstraße. Hier wurde

im Zuge des Wiederaufbaus auf den Fundamenten des innenliegenden Querriegels zusätzlich eine Untersuchungshaftanstalt des Ministeriums des Innern (Mdi) errichtet. Sie wurde 1951 in Betrieb genommen, 1990 geschlossen und war – neben der Untersuchungshaftanstalt Rummelsburg (UHA I) – die zweite vom Mdi betriebene U-Haftanstalt (UHA II) in Ost-Berlin.



Haftalle der ehemaligen UHA II.
© Lernort Keibelstraße

Bis 1977 lag ihre Kapazität bei 260 Verhafteten. Später gab es 171 Verwahr- und Diensträume für 209 Verhaftete; meistens war die Haftanstalt jedoch überbelegt. Im Gegensatz zur UHA I wurden in der UHA II auch Frauen inhaftiert. Die Straftatbestände, deretwegen die Verhafteten auf ihren Prozess warteten, waren sehr unterschiedlich: Im Jahr 1975 kam über ein Drittel wegen sogenanntem „asozialem Verhalten“ in Untersuchungshaft, ca. 15 Prozent wegen Diebstahls, über zehn Prozent jeweils wegen „Rowdytums“ oder ungesetzlichem

»Die DDR zeichnete sich im Vergleich zur Bundesrepublik durch eine hohe Untersuchungshaftrate und viele verhängte Freiheitsstrafen aus.«

Grenzübertritt. Die DDR zeichnete sich im Vergleich zur Bundesrepublik durch eine hohe Untersuchungshaftrate und viele verhängte Freiheitsstrafen aus. Nach der Schließung der Haftanstalt wurde das sechste Stockwerk zwischen 1992 und 1996 für Polizeigewahrsam und als Abschiebegefängnis genutzt, wofür es umgebaut wurde. Danach diente das Stockwerk ausschließlich als Filmkulisse; im Zuge dessen wurde erneut massiv in das Gebäude eingegriffen.

ENTSTEHUNG DES LERNORTS

Seit ihrer Schließung wiesen vor allem ehemalige Inhaftierte immer wieder auf die Existenz der UHA II in der Keibelstraße hin. Doch erst als die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie in das Gebäude einzog und beschloss, im ersten Obergeschoss einen Lernort einzurichten, wurde gehandelt: Seit August 2018, nachdem sie eine öffentliche Ausschreibung gewonnen hat, verantwortet die Agentur für Bildung – Geschichte, Politik und Medien e.V. den Betrieb des Lernortes. Aktuell gibt es Pläne für den Ausbau des gesamten Gebäudes zu einem Erinnerungsort, der im Falle einer Bewilligung von der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen eingerichtet und geleitet werden wird.

KONZEPTION DES LERNORTS

Die Ausstellungselemente sind auf pädagogische Arbeit mit verschiedenen Zielgruppen ausgerichtet: Ein flexibles Stecksystem von reproduzierten Haftakten und Fotos ermöglicht es, die bedruckten Tafeln in die Hand zu nehmen, bei Bedarf zu wechseln und somit Ausstellungselemente mit neuen Inhalten zu füllen. Auch die Medientische mit Videos von Zeitzeug*innen, die vom Alltag in der Keibelstraße berichten, sind so aufgebaut, dass die Videos ausgetauscht und neue hinzugefügt werden können. Dieser Werkstattcharakter ist intendiert: Für uns ist es wichtig, dass Schüler*innen den Ort eigenständig entdecken, Inhalte selbst erarbeiten und diese diskutieren. Deshalb bieten wir für Schulklassen grundsätzlich keine Führungen, sondern Lernwerkstätten (Dauer 1,5 bis 6 Stunden) mit

»Ein synchroner Vergleich mit der Bundesrepublik ist für eine Einordnung der Untersuchungshaft in der DDR wichtig.«

unterschiedlichen Schwerpunkten an. Diese sind modular aufgebaut, da wir die Themen ausgehend vom Ort selbst entwickeln. Damit die Schüler*innen die Untersuchungshaft in der DDR besser einordnen können, ist ein synchroner Vergleich mit der Bundesrepublik wichtig. Deshalb ist die deutsch-deutsche Geschichte Bestandteil der längeren Lernwerkstätten.

BESONDERHEITEN

Die Bandbreite der Straftatbestände sowie die Anzahl der Inhaftierten war in den U-Haftanstalten des Mdl deutlich größer als in denen des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS). Anhand solcher Details und der Geschichten, die Orte wie die UHA II erzählen, können wir Haft und Repression im Kontext der DDR-Geschichte facettenreich und differenziert darstellen. Allerdings existiert kaum Grundlagenforschung zu Untersuchungshaftanstalten des Mdl, im Gegensatz zu denen des MfS. Das Fehlen wissenschaftlicher Erkenntnisse erschwert unsere Arbeit – auch wenn wir in der alltäglichen Praxis oft Neues entdecken und Lücken schließen können.

Autor:in



Birgit Marzinka leitet seit 2008 Projekte in der Agentur für Bildung – Geschichte, Politik und Medien e.V. und seit 2018 den Lernort Keibelstraße. Außerdem arbeitet sie zu historischem Lernen u.a. mit digitalen Medien.



Lernort Keibelstraße

c/o Senatsverwaltung für Bildung,
Jugend und Familie
Bernhard-Weiß-Straße 6
10178 Berlin
Tel.: 030 28 09 80 11
E-Mail: kontakt@keibelstrasse.de
Homepage: www.keibelstrasse.de

Lernort Kislau e. V.

von Luisa Lehnen



Ansicht der Schlossanlage Kislau von Süden, in der sich von 1933 bis 1939 ein KZ befand. © Lernort Kislau e. V.

Konzentrationslager, Arbeitshaus, Durchgangslager für Fremdenlegionäre, Strafgefängnis – im ehemaligen Bischofsschloss Kislau südlich von Heidelberg befanden sich mehrere Einrichtungen nationalsozialistischer Verfolgung. Die Justizverwaltung war zuständig für das Arbeitshaus, das schon in den 1880er Jahren eingerichtet worden war und bis 1945 existier-

te, sowie für das 1939–1945 betriebene Strafgefängnis. Das im Frühjahr 1933 errichtete Konzentrationslager war bis zu seiner Auflösung 1939 dem badischen Innenministerium unterstellt. Das Durchgangslager war bis 1939 dem KZ angegliedert, bestand jedoch auch nach dessen Auflösung weiter.

KISLAU ALS FRÜHES KONZENTRATIONSLAGER

In der Forschung hat bislang vor allem das Konzentrationslager Beachtung erfahren. Es war eines von rund hundert KZ, welche die Nationalsozialisten 1933 im ganzen Reich er- bzw. einrichteten. Während die meisten dieser frühen Lager schon nach wenigen Monaten wieder aufgelöst wurden, bestand das KZ Kislau sechs Jahre lang. Neben Kommunisten und Sozialdemokraten waren auch Kirchenleute, Zeugen Jehovas, sogenannte „Rassenschänder“, „Asoziale“ und „Berufsverbrecher“ unter den Häftlingen. 1936 wurde das KZ in „Bewahrungslager“ umbenannt, an den Haftbedingungen änderte sich jedoch

»Während die meisten dieser frühen Lager schon nach wenigen Monaten wieder aufgelöst wurden, bestand das KZ Kislau sechs Jahre lang.«

nichts. Bis das Lager 1939 aufgelöst wurde, hielten die Nazis dort mehr als 1.500 Männer gefangen.

KISLAU ALS ARBEITSHAUS, DURCHGANGLAGER UND STRAFGEFÄNGNIS

Wie schon vor 1933 beherbergte die Kislauer Schlossanlage auch während der NS-Zeit ein Arbeitshaus. Darin wurden Menschen inhaftiert, die den Nationalsozialisten als „asozial“ galten. Formell waren Arbeitshaus und KZ getrennte Einrichtungen, allerdings wurden sie ab 1935 in Personalunion geführt. Seit 1934 wurde der Schlosskomplex darüber hinaus genutzt, um Männer, die sich für die französische Fremdenlegion verpflichtet hatten und nun nach Deutschland zurückkehren wollten, kurzzeitig festzuhalten und „politisch zu schulen“. Ab 1936 war das Durchgangslager in Kislau die reichsweit einzige zu diesem Zweck genutzte Einrichtung. Nach der Auflösung des KZ im Frühjahr 1939 war in der Anlage ein Strafgefängnis untergebracht, in dem zahlreiche politische Häftlinge festgehalten wurden – unter ihnen der spätere Ulmer Oberbürgermeister Robert Scholl, den man nach der Hinrichtung seiner Kinder Hans und Sophie in „Sippenhaft“ genommen hatte.

»Im Strafgefängnis wurden zahlreiche politische Häftlinge festgehalten – unter ihnen der spätere Ulmer Oberbürgermeister Robert Scholl, den man nach der Hinrichtung seiner Kinder Hans und Sophie in 'Sippenhaft' genommen hatte.«

KISLAU ALS ERINNERUNGS- UND LERNORT

Seit 1946 wird die Kislauer Schlossanlage durchgängig bis heute für den Strafvollzug genutzt. Die historischen Gebäude sind nicht öffentlich zugänglich. Abgesehen von einer Gedenkstele für den 1934 im KZ Kislau ermordeten SPD-Politiker Ludwig Marum sowie einer kurzen Info-Tafel der Gemeinde, gibt es vor Ort bislang keine Hinweise auf dessen Geschichte in der NS-Zeit. Der 2012 gegründete Lernort Kislau e. V. möchte das ändern und auf dem Gelände eine Bildungsstätte errichten, welche die NS-Geschichte von Kislau in die badische Demokratie- und Diktaturgeschichte der Jahre 1918–1945 einbettet. Eine Kombination aus Geschichtsvermittlung und Wertedialog soll dafür sensibilisieren, dass man demokratiefeindlichen Tendenzen

so früh wie möglich entgegentreten muss. Da das Land Baden-Württemberg der Nutzung der historischen Bestandsgebäude außerhalb des Sicherheitsbereichs eine Absage erteilt hat, muss für den Lernort ein Neubau vor den Toren der Schlossanlage errichtet werden. Die Finanzierung ist noch ungeklärt.

VIELFÄLTIGE VERMITTLUNGSARBEIT

Seit 2015 beschäftigt der Lernort Kislau e. V. ein kleines, von Land und Kommunen finanziertes hauptamtliches Team, das die Errichtung des Lernorts vorbereitet und mobile und digitale Vermittlungsangebote realisiert. Dazu gehören etwa animierte Bildergeschichten, sogenannte Motion Comics, in denen Ereignisse aus der Weimarer Republik und der NS-Zeit aufbereitet werden. Über ein Dutzend davon sind online kostenlos verfügbar, eine begleitende Quiz-Reihe dazu ist in Arbeit. Unter dem Titel „Wo fängt Unrecht an?“ hat der Verein darüber hinaus im Rahmen des Bundesprogramms Jugend erinnert ein mobiles Geschichtslabor entwickelt, das durch Jugendeinrichtungen und Schulen tourt. Ab Februar 2023 kommt die Wanderausstellung „Auftakt des Terrors – Frühe Konzentrationslager im Nationalsozialismus“ hinzu, welche das Team zusammen mit 16 weiteren Gedenkstätten konzipiert hat. Sie wird bundesweit in mehreren Ausfertigungen zeitgleich gezeigt.

LITERATUR



Borgstedt, Angela: Das nordbadische Kislau: Konzentrationslager, Arbeitshaus und Durchgangslager für Fremdenlegionäre, in: Benz, Wolfgang/ Distel, Barbara (Hrsg.): Herrschaft und Gewalt. Frühe Konzentrationslager 1933–1939 [Geschichte der Konzentrationslager 1933–1945, Bd. 2], Berlin 2002, S. 217–229.



Hankeln, Laura: Interniert in Kislau. Ausgrenzung und Verfolgung von Bettlern und Landstreichern im nordbadischen Arbeitshaus (1930–1938), in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins 167 (2019), S. 337–390.

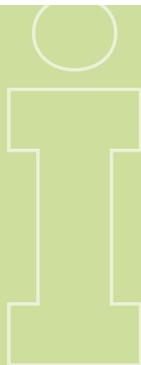


Lehnen, Luisa: Das Konzentrations- und Bewahrungslager Kislau (1933–1939). Ein Werkstattbericht, in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins 167 (2019), S. 299–336.

Autor:in



Luisa Lehnen studierte Geschichte und Europäische Ethnologie in Freiburg und München. Seit 2017 ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin des Lernort Kislau e. V.



Lernort Kislau e. V.

Ettlinger Straße 3a
76137 Karlsruhe
Tel.: 0721 8210 1070
E-Mail: info@lernort-kislau.de
Homepage: www.lernort-kislau.de

Gedenkstätte Lindenstraße Potsdam

von Johannes Leicht



Hof der Gedenkstätte Lindenstraße mit Blick zum ehemaligen Hafthaus. © Günter Schneider

In der Gedenkstätte Lindenstraße wird an die Betroffenen von politischer Verfolgung und Gewalt in den unterschiedlichen Diktaturen des 20. Jahrhunderts am historischen Ort erinnert. Das ursprünglich 1734–1737 im Potsdamer Stadtzentrum als Wohnhaus für den militärischen Stadtkommandanten errichtete Gebäude in der

Lindenstraße 54 beherbergte ab 1820 zunächst das Stadtgericht mitsamt Gefängnisstrakt im Hinterhof und nach der Gründung des Deutschen Kaiserreichs 1871 das Untersuchungsgefängnis des Amts- und Landgerichtes Potsdam.

ORT DER DIKTATURGESCHICHTE

Nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten entwickelte sich die Lindenstraße 54/55 zu einem Ort ideologischer und rassistischer Strafjustiz: Ein sogenanntes Erbgesundheitsgericht entschied von 1934–1944 in mehr als 4.000 Fällen über Zwangssterilisationen. Das im selben Haus ansässige Amtsgericht verurteilte seit 1939 hunderte Zivilist:innen und Zwangsarbeiter:innen selbst wegen geringsten Verstößen wie Lebensmitteldiebstahl oder Handel mit gestohlenen Nahrungsmitteln zu unverhältnismäßig hohen Strafen. Zudem waren viele der vor dem seit Herbst 1943 auch in Potsdam tagenden Volksgerichtshof Angeklagten in der Lindenstraße inhaftiert. Das Sondergericht verhängte in menschenunwürdigen Prozessen mindestens 55 Todesurteile. Nach Ende des Zweiten Weltkriegs beschlagnahmte der sowjetische Geheimdienst

den Gebäudekomplex und nutzte ihn bis 1952 als zentrales Untersuchungsgefängnis im Land Brandenburg und als Verhandlungsort von Militärtribunalen, die langjährige Haftstrafen und mehr als 120 Todesurteile fällten. Verurteilt wurden die Betroffenen als Nationalsozialist:innen, Kriegsverbrecher:innen, Vaterlandsverräter:innen, Profiteur:innen sowie als vermeintliche und tatsächliche Gegner:innen der sowjetischen Besatzungsmacht. Im Anschluss übernahm das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) der DDR den Haftort als zentrales Untersuchungsgefängnis für den Bezirk Potsdam. Bis 1989 litten hier 6.000–7.000 Inhaftierte, denen zumeist politische Delikte vorgeworfen wurden, an menschenrechtswidrigen Haftbedingungen und Verhörmethoden.

ORT DER DEMOKRATIEGESCHICHTE

Die fast 170-jährige Nutzung des Ortes als Gerichts- und Gefängnis-Komplex wird gerahmt von zwei eindeutig demokratischen Verwendungen des Gebäudes: Von 1809 bis 1817 tagte in ihm die erste von Potsdamer Bürgern gewählte Stadtverordnetenversammlung, die einen wichtigen demokratischen Schritt auf dem Weg zur kommunalen Selbstverwaltung bildete. Nach der Rückgabe des Hauses durch das MfS an die Stadt Potsdam zum Jahreswechsel 1989/90 zogen schließlich politische Gruppen und neu gegründete Parteien mit ihren Büros ein, um die ersten freien Wahlen im März 1990 vorzubereiten. Sie verwandelten das „Lindenhotel“, wie es von den Inhaftierten ironisch bezeichnet wurde, in ein „Haus der Demokratie“.

ORT DES GEDENKENS UND ERINNERNS

Der Gebäudekomplex in der Lindenstraße (heute: 54/55) vereint die dunkelsten Kapitel deutscher Diktaturgeschichte mit lokalen Höhepunkten der Demokratiegeschichte.

Diesen einzigartigen historischen Ort erhob die Potsdamer Stadtverordnetenversammlung 1995 zur Gedenkstätte und überführte ihn 2015 in eine Stiftung bürgerlichen Rechts. Die Lindenstraße erinnert als ein zentraler Gedenk- und Bildungsort in Brandenburg an die politische Verfolgung sowie

»Der Gebäudekomplex in der Lindenstraße vereint die dunkelsten Kapitel deutscher Diktaturgeschichte mit lokalen Höhepunkten der Demokratiegeschichte.«

Haft in der NS-Diktatur, der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR, aber auch an die Überwindung der SED-Diktatur durch die Friedliche Revolution 1989/90.

ORT DES VERMITTELNS UND FORSCHENS

Die Gedenkstätte eröffnet mit partizipativen Bildungsformaten und dialogischen Angeboten multiperspektivische, transparente und kontroverse Zugänge zu einer kritischen Auseinandersetzung mit der Geschichte politischer und rassistischer Verfolgung und Haft im 20. Jahrhundert. Methodische Vielfalt und kreative Präsentationsformen wecken vor Ort das Interesse für diese Themen. Aktivierende Methoden stärken die Kompetenzentwicklung der wichtigsten Zielgruppen, insbesondere Schüler:innen und Gruppen der Erwachsenenbildung, aber auch ehemalige Inhaftierte, Betroffene und deren Angehörige sowie die Stadtgesellschaft. Im historischen Gebäude beleuchtet eine Dauerausstellung dessen wechselvolle Geschichte. Sonderausstellungen, Zeitzeug:innengespräche, Veranstaltungen, Projekttag und Weiterbildungen ergänzen das Angebot. Das Fundament des individuellen Erinnerens, des würdigen Gedenkens und der historisch-politischen Bildungsarbeit sind die themenbezogene Sammlung, die dokumentarische Erschließung sowie wissenschaftliche Erforschung von Quellen, Objekten und lebensgeschichtlichen Erinnerungen im Kontext von Diktatur- und Demokratiegeschichte.

LITERATUR

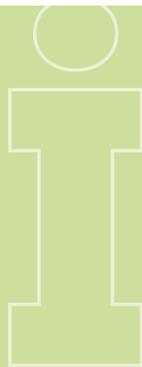


Hertle, Hans-Hermann/Schnell, Gabriele: Gedenkstätte Lindenstraße. Vom Haus des Terrors zum Potsdamer Haus der Demokratie, Berlin 2014.

Autor:in



Johannes Leicht verantwortet als wissenschaftlicher Mitarbeiter der Gedenkstätte Lindenstraße die Bereiche Forschung und Sammlung.



Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße

Lindenstraße 54

14467 Potsdam

Tel.: 0331 971 89 000

E-Mail: info@gedenkstaette-lindenstrasse.de

Homepage: www.gedenkstaette-lindenstrasse.de

Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg

von Daniel Bohse



Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg, 2022.
© Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg

Die Gedenkstätte in der vormaligen Haftanstalt Magdeburg-Neustadt erinnert an Menschen, die hier und im Gefängnis Magdeburg-Sudenburg ab 1945 aufgrund politisch motivierter Verfolgung ihrer Freiheit beraubt wurden: zunächst durch die sowjetische Besatzungsmacht, dann durch ostdeutsche Justiz, Deutsche Volkspolizei und das Ministerium für

Staatssicherheit der DDR (MfS). Gleichzeitig ist sie ein Ort der Erinnerung an jene Personen, die hier in der nationalsozialistischen Diktatur von Justiz und Gestapo inhaftiert wurden.

GESCHICHTE DES HISTORISCHEN ORTES

Der im Norden Magdeburgs gelegene rote Backsteinbau wurde 1876 als Amtsgericht und Gefängnis mit 100 Haftplätzen gebaut. Ab 1940 diente der Gebäudekomplex dann ausschließlich als Strafgefängnis für bis zu 259 männliche Insassen – zu diesen zählten auch zahlreiche aus politischen, rassistischen und/oder religiösen Gründen Verurteilte sowie „Schutzhäftlinge“.

Seit Herbst 1945 fungierte der Gebäudekomplex vorwiegend als Untersuchungshaftanstalt der Justiz, ab 1952 der Deutschen Volkspolizei. Nach 1948 überwogen als politisch motiviert geltende Delikte bei den Einlieferungen. Ab Mai 1958 nutzte dann der DDR-Staatssicherheitsdienst das Gefängnis als Untersuchungshaftanstalt für politische Häftlinge. Der Geheimdienst inhaftierte hier bis Dezember 1989

über 4.000 Menschen, etwa wegen Kritik an der DDR-Politik oder wegen ihres Wunsches, das Land zu verlassen.

ENTSTEHUNG UND KONZEPTION DER GEDENKSTÄTTE

Die Gedenkstätte wurde Ende des Jahres 1990 auf Grundlage eines Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung eingerichtet. Daraufhin bezog nicht nur sie, sondern auch das Bürgerkomitee Magdeburg, mehrere Opferverbände und Aufarbeitungsinitiativen Räume in der früheren Haftanstalt. Die Gedenkstätte unterstand zunächst den städtischen Museen, bis sie 2007 Teil der vom Land Sachsen-Anhalt getragenen Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt wurde. Wir verstehen uns sowohl als Zeitgeschichtsmuseum als auch als außerschulischer Lernort für Schülerinnen und Schüler sowie als Einrichtung der historisch-politischen Bildung.

Große Bereiche der früheren Haftanstalt sind weitestgehend in dem Zustand erhalten, wie ihn die Staatssicherheit im Februar 1990 hinterlassen hat. Hierzu gehört auch der komplett eingerichtete Zellentrakt und die Freigangzellen. Auf Besucherinnen und Besucher der Gedenkstätte wirken vor allem die erhaltenen Zeugnisse der 31-jährigen Nutzung als Untersuchungshaftanstalt des DDR-Geheimdienstes. Darüber hinaus ermöglicht die Dauerausstellung, sich über die anderen Nutzungsphasen zu informieren, sowie über Aspekte des jeweiligen Anstaltsregimes, die Gefangenen und die Gründe ihrer Verfolgung. Im ersten Teil der Dauerausstellung im ersten Obergeschoss des Zellentrakts werden die Jahre der NS-Diktatur sowie anschließend die Nutzung durch Justiz und Volkspolizei thematisiert. In dem im Erdgeschoss des Vorderhauses befindlichen zweiten Teil steht die Untersuchungshaft beim DDR-Staatssicherheitsdienst im Fokus.

»Es wird erarbeitet, in welchem Verhältnis der Umgang mit diesen Menschen in der Haft und vor Gericht zu seinerzeit geltendem Recht, zu etablierten Rechtsgrundsätzen sowie zu heutigen Standards menschenwürdiger und rechtsstaatlicher Behandlung steht.«

Unsere Bildungsangebote tragen der wechselhaften Nutzungsgeschichte des Gebäudekomplexes Rechnung. So besteht im Rahmen von Projekttagen und Seminaren die

Möglichkeit, sich anhand biografischer Fallbeispiele mit Gründen, Zielen und Methoden der Repression, unter anderem gegen nonkonforme oder als staatsfeindlich eingestufte Personengruppen während der sowjetischen Besatzungsherrschaft und in der DDR, auseinanderzusetzen. Zudem wird erarbeitet, in welchem Verhältnis der Umgang mit diesen Menschen in der Haft und vor Gericht zu seinerzeit geltendem Recht, zu etablierten Rechtsgrundsätzen sowie zu heutigen Standards menschenwürdiger und rechtsstaatlicher Behandlung steht.

BESONDERHEITEN

Zum Bildungsprogramm gehören auch Leihausstellungen inklusive begleitend durchgeführter Angebote für Jugendliche sowie Erwachsenengruppen – etwa Polizeischülerinnen und -schüler, Bundeswehrangehörige, Freiwilligendienstleistende und Justizbedienstete –, welche die Gedenkstätte zum Teil in Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen durchführt. Hierzu zählt die Kooperation mit der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale) bei der Fortentwicklung und Betreuung von deren Wanderausstellung „Über Verbrechen im Namen des Deutschen Volkes. Justiz im Nationalsozialismus – Sachsen-Anhalt“. Seit 2021 erstreckt sich die Kooperation auch auf die gemeinsam mit der Gedenkstätte in Halle sowie der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn neu erarbeitete Leihausstellung „Politische Strafjustiz in der Sowjetischen Besatzungszone und frühen DDR – Sachsen-Anhalt“.

LITERATUR



Bastian, Alexander: Repression, Haft und Geschlecht. Die Untersuchungshaftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit Magdeburg–Neustadt 1958–1989, Halle (Saale) 2012.



Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur/ Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt (Hrsg.): Es ist noch lange nicht vorbei. Erinnerungen und die Herausforderungen bei der Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit (bearbeitet von Annegret Stephan und Daniel Bohse), Berlin 2012.

Autor:in



Dr. Daniel Bohse ist Historiker und Leiter der Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg.



Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg

Umfassungsstraße 76

39124 Magdeburg

Tel.: 0391 244 5590

E-Mail: info-moritzplatz@erinnern.org

Homepage:

gedenkstaette-magdeburg.sachsen-anhalt.de

Gedenkstätte Münchner Platz Dresden

von Gerald Hacke

DER HISTORISCHE ORT



Blick in den früheren Richthof, Markierungstafel zur Hinrichtungsstätte. Foto: Schneider/Schwalbe. © Stiftung Sächsische Gedenkstätten

1907 erhielt die Dresdner Justiz einen neuen Gebäudekomplex: An das Landgericht am Münchner Platz schloss sich eine Untersuchungshaftanstalt mit einem separaten Frauenflügel an. Der Innenhof des Gerichtsgebäudes war für die Vollstreckung von Todesstrafen vorgesehen.

In der nationalsozialistischen Diktatur verurteilten unter anderem der Volksgerichtshof, das

Oberlandesgericht Posen und das Sondergericht Dresden im Gebäude des Dresdner Landgerichts Menschen, die sich dem Regime aktiv widersetzt hatten, abweichende Meinungen vertraten oder auf Grundlage eines drakonischen Kriegssonderstrafrechts für kriminelle Handlungen verurteilt wurden. Zwei Drittel der über 1.300 Hingerichteten waren tschechoslowakische Staatsbürger:innen.

Vom Kriegsende bis 1950 nutzte die sowjetische Besatzungsmacht den Ort als Durchgangsgefängnis und Tagungsort für Militärtribunale. Parallel dazu führte die ostdeutsche Justiz Verfahren gegen Personen durch, denen NS-Verbrechen angelastet wurden. Zwischen 1952 und 1956 starben in der zentralen Hinrichtungsstätte der

»Zwischen 1952 und 1956 starben in der zentralen Hinrichtungsstätte der DDR 66 Menschen unter der Guillotine, darunter 39 wegen so genannter Staatsverbrechen. Darunter waren Beteiligte des 17. Juni 1953 und weitere Personen, die das Regime als politische Gegner:innen bekämpfte.«

DDR 66 Menschen unter der Guillotine, darunter 39 wegen so genannter Staatsverbrechen. Darunter waren Beteiligte des 17. Juni 1953 und weitere Personen, die das Regime als politische Gegner:innen bekämpfte.

DIE GEDENKSTÄTTE

Ende der 1950er-Jahre übernahm die damalige Technische Hochschule den Gebäudekomplex. Ein kleiner Teil um den ehemaligen Hinrichtungshof wurde zur Gedenkstätte. Diese gehört seit 1996 zur Stiftung Sächsische Gedenkstätten. 2012 wurde hier die ständige Ausstellung „Verurteilt. Inhaftiert. Hingerichtet. Politische Justiz in Dresden 1933–1945 | 1945–1957“ eröffnet. Seit Juli 2021 geben Markierungstafeln in und um den früheren Justizkomplex Auskunft über die justizielle Nutzung des Ortes und seine memoriale Überformung. Die Stationen greifen sichtbare Spuren auf, verweisen aber auch auf solche Orte, wo die frühere Nutzung nicht mehr erkennbar ist. Ein mehrsprachiger Multi-Mediaguide als zusätzliches vertiefendes Angebot ist in Vorbereitung.

KONZEPTION DER GEDENKSTÄTTE

Im Zentrum der Forschungs-, Bildungs- und Vermittlungsarbeit stehen die in Dresden begangenen Justizverbrechen. Die Ausstellung zeigt beispielhaft auf, unter welchen Bedingungen Recht und Justiz dazu beitragen können, Inhumanität in Staat und Gesellschaft zu befördern bzw. zu exekutieren.

Eine Herausforderung für die Vermittlung besteht in der Weiternutzung des historischen Ortes nach 1945 als Gerichtsort, Haftanstalt und Hinrichtungsstätte. Eine vergleichende Perspektive, wie sie die ständige Ausstellung eröffnet, bietet die Chance, für strukturelle Parallelen ebenso wie für die gravierenden Unterschiede der beiden deutschen Diktaturen zu sensibilisieren. Das gilt insbesondere für den Einsatz und die Vollstreckung der Todesstrafe, auf der ein besonderer Fokus liegt. Die Gedenkstätte positioniert sich grundsätzlich ablehnend zur Todesstrafe, ohne die individuelle Schuld

»Eine vergleichende Perspektive bietet die Chance, für strukturelle Parallelen ebenso wie für die gravierenden Unterschiede der beiden deutschen Diktaturen zu sensibilisieren.«

etwa von NS-Verbrechern oder Menschen, die Mord- und Gewaltdelikte begangen haben, zu nivellieren.

Wegen der Bedeutung von Dresden bei der Verfolgung von Tschech:innen – besonders im Vergleich mit anderen NS-Hinrichtungsstätten – ist dies ein hervorgehobenes Thema der Bildungs- wie Vermittlungsarbeit und gleichzeitig sind gerade Tschech:innen eine Zielgruppe. Im Laufe des Jahres 2023 wird ein tschechisch-deutsches Online-Portal zu den fast 900 in Dresden hingerichteten tschechoslowakischen Staatsbürger:innen freigeschaltet. Es richtet sich an die historische Forschung ebenso wie an Angehörige der Hinrichtungsoffer und an Akteur:innen historisch-politischer Bildungsangebote. Als Ergebnis der Zusammenarbeit mit dem tschechischen Forschungsinstitut Ústav pro studium totalitních režimů (ÚSTR) ist außerdem zum Jahresbeginn die Edition „Behaltet diesen Brief als Andenken an mich“. Abschiedsbriefe von Dresdner Hinrichtungsoffern aus der Tschechoslowakei“ erschienen.

LITERATUR



Sack, Birgit/Hacke, Gerald: Verurteilt. Inhaftiert. Hingerichtet. Politische Justiz in Dresden 1933–1945 | 1945–1957, Dresden 2016 (Ausstellungskatalog).



Plachá, Pavla/Sack, Birgit: „Behaltet diesen Brief als Andenken an mich“. Abschiedsbriefe von Dresdner Hinrichtungsoffern aus der Tschechoslowakei, Leipzig/Prag 2023 (kommentierte Edition).

Autor:in



Gerald Hacke ist Historiker und wissenschaftlicher Referent der Gedenkstätte Münchner Platz Dresden / Stiftung Sächsische Gedenkstätten.



Gedenkstätte Münchner Platz Dresden / Stiftung Sächsische Gedenkstätten

Besuchereingang: Münchner Platz 3, 01187 Dresden

Postadresse: Zentrale Poststelle der TU Dresden,
01062 Dresden

Tel.: 0351 463 319 90

E-Mail: muenchnerplatz.dresden@stsg.de

Homepage: www.muenchner-platz-dresden.de

Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen Untersuchungshaft der Staatssicherheit Rostock

von Steffi Brüning

GESCHICHTE DES HISTORISCHEN ORTES



Zellentrakt des ehemaligen MfS-Untersuchungsgefängnisses. © Jörn Lehmann

Das Untersuchungsgefängnis des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der DDR im Bezirk Rostock wurde Ende der 1950er Jahre nah am Zentrum der Stadt Rostock errichtet. Nicht einsehbar für Außenstehende, befand es sich auf dem Gelände der Bezirksverwaltung des MfS. Zwischen 1960 und 1989 inhaftierte die Staatssicherheit

dort rund 4.900 Frauen und Männer sowie Jugendliche ab 15 Jahren überwiegend aus politischen Gründen, wie etwa „staatsfeindlicher Hetze“ und „öffentlicher Herabwürdigung“. Von besonderer Bedeutung war, dass der Bezirk Rostock als einziger in der DDR direkten Zugang zur Ostsee hatte. Diese war nicht nur als Grenze, Begegnungs- und Sehnsuchtsort allgegenwärtig. Die Ostseenähe führte auch dazu, dass ab den 1970er Jahren der Vorwurf der „Republikflucht“ über Land und See, oder deren Vorbereitung, Hauptgrund für Inhaftierungen wurde.

Das Untersuchungsgefängnis verfügte über rund 50 Zellen auf drei Etagen. Die Inhaftierten mussten im Durchschnitt vier bis sechs Monate Untersuchungshaft mit ständigen Vernehmungen und unter starker Isolation über sich ergehen lassen, bis sie

»Die Ostsee war nicht nur als Grenze, Begegnungs- und Sehnsuchtsort allgegenwärtig. Die Nähe zu ihr führte auch dazu, dass ab den 1970er Jahren der Vorwurf der 'Republikflucht' über Land und See, oder deren Vorbereitung, Hauptgrund für Inhaftierungen wurde.«

durch ein Gericht formal abgeurteilt und in eine Strafvollzugseinrichtung verlegt wurden.

DIE DOKUMENTATIONS- UND GEDENKSTÄTTE

Die Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen Untersuchungshaft der Staatssicherheit Rostock (DuG Rostock) hat sich seit ihrer Eröffnung 1999 zu einem wichtigen Ort der Information und Dokumentation sowie des Gedenkens entwickelt. Bis 2017 teilten sich Bund und Land die Trägerschaft. Für die Arbeit vor Ort war der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Außenstelle Rostock, verantwortlich. Nach einer umfangreichen Sanierung von 2017 bis 2021 wurde die Gedenkstätte der Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern als neuer Trägerin übergeben. Inhaltliche Schwerpunkte der Bildungsarbeit bilden sowohl die Repression durch die SED, das MfS und andere staatliche Institutionen als auch Verweigerung, Protest und Opposition von Menschen im Norden der DDR.

Seit der Wiedereröffnung im Juli 2021 dient eine neu erarbeitete Interimsausstellung in deutscher Sprache als Basis für eine eigenständige Erschließung des Ortes, seiner Geschichte und der Biografien von Menschen, die hier inhaftiert waren. Diese wird ergänzt durch wechselnde Ausstellungen sowie eine dauerhafte Sonderausstellung mit dem Titel „Über die Ostsee in die Freiheit“, erarbeitet vom gleichnamigen Verein.

KONZEPTION UND ANGEBOTE

Die DuG Rostock ist Dokumentations-, Gedenk- und Lernort. Die Funktion als Lernort hat in der Arbeitspraxis das größte Gewicht. Wir thematisieren in unserer historisch-politischen Bildungsarbeit insbesondere die Geschichte politischer Verfolgung und „eigen-sinnigen“ Handelns in der DDR, die sich gegenseitig bedingen. Denn die Entwicklung von Prinzipien wie Wirkungsweisen autoritärer Staaten und von widerständigen Einstellungs- und Handlungsmustern in der Bevölkerung gehören zusammen.

»Die Entwicklung von Prinzipien wie Wirkungsweisen autoritärer Staaten und von widerständigen Einstellungs- und Handlungsmustern in der Bevölkerung gehören zusammen.«

Durch die Arbeit am historischen Ort werden Perspektiven von ehemaligen Inhaftierten vorrangig, aber nicht ausschließlich, berücksichtigt. Vielmehr bilden wir vielfältige und zum Teil kontroverse Erzählungen ab.

Aufgrund des spezifischen Ortes der Verfolgung durch das MfS ist eine Fokussierung auf Repression gegeben. Gleichzeitig kontextualisieren wir das Wirken des MfS im Gesamtgefüge der staatlichen und nicht-staatlichen Akteur:innen, insbesondere der SED. Dabei konzentrieren wir uns auf die Geschichte des Bezirkes Rostock und dessen regionale Besonderheiten wie etwa den direkten Zugang zur Ostsee, die ländlichen Räume sowie Spezifika wie das Kernkraftwerk Lubmin.

Wir richten unsere Bildungsarbeit an den Bedürfnissen der Gäste aus und stimmen Inhalte wie Methoden auf sie ab. In diesem Prozess sind wir ebenfalls Lernende, das heißt: Unser Lernort wirkt nach außen und innen. Grundsätzlich fördern und unterstützen wir selbstständiges und forschendes Lernen. Eine differenzierte, eigenständige und kritische Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte, ausgerichtet auf unterschiedliche Gruppen von Besucher:innen, ist unser Ziel. Um dies zu erreichen, sind Vor- und Nachbereitungen unerlässlich. Diese beinhalten zielorientierte Absprachen und Gesprächsangebote im Vorfeld, eine transparente Planung der Angebote sowie die Möglichkeit zu Nachgesprächen.

LITERATUR



Schekahn, Jenny/Wunschik, Tobias: Die Untersuchungshaftanstalt der Staatssicherheit in Rostock. Ermittlungsverfahren, Zelleninformatoren und Haftbedingungen in der Ära Honecker, Berlin 2012.

Autor:in



Dr. Steffi Brüning ist Historikerin und seit 2021 Leiterin der Dokumentations- und Gedenkstätte Rostock.



Dokumentations- und Gedenkstätte Rostock

Grüner Weg 5

18055 Rostock

Tel.: 01573 0285136

E-Mail: S.Bruening@lpb.mv-regierung.de

Homepage: www.lpb-mv.de/projekte/dug-rostock/

Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale)

von Michael Viebig

DER HISTORISCHE ORT

Die Königlich-Preußische Straf-, Lern- und Besserungsanstalt zu Halle wurde 1842 eröffnet. Der Name Roter Ochse geht vermutlich auf die für den Bau verwendeten roten Steine und die Nutzung von Ochsenfuhrwerken für den Transport des Baumaterials und der ersten Gefangenen zurück. Im Zuge der Revolution von 1848/49 wurden hier erstmals aus politischen Gründen Verurteilte eingeliefert.



Eingangsbereich der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale), 2006. Foto: Michael Viebig.
© Sammlung Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale)

Das Gebäudeensemble, zu dem auch die heutige Gedenkstätte gehört, erfuhr zahlreiche bauliche Veränderungen; der größte Teil wird heute als Justizvollzugsanstalt des Landes Sachsen-Anhalt genutzt. Die Gedenkstätte befindet sich im ehemaligen Lazarettgebäude der Anstalt, das der NS-Justiz von 1942 bis Kriegsende als Hinrichtungsstätte diente. Ab Sommer 1945 nutzte die Sowjetische Militäradministration in Deutschland die gesamte Haftanstalt. Nach deren Übergabe an das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) der DDR fungierte das ehemalige Hinrichtungshaus als Wirtschafts- und sogenanntes Vernehmergebäude.

KONZEPTION DER GEDENKSTÄTTE

Die historische Spurensuche am Bau und in den Archiven zeigt den Roten Ochsen als Ort politischer, mit Mitteln der Justiz vollzogener Verfolgung in den Diktaturen von 1933–

1945 und 1945–1989. Anhand zahlreicher Gerichts- und Verwaltungsakten, Geheimdienst Dokumente und privater Unterlagen lassen sich die Lebenswege tausender Menschen nachzeichnen, die hier dem jeweiligen Strafrechtssystem ausgeliefert waren. Das korrespondiert mit dem biografischen Ansatz der Dauerausstellungen. Die Bezugsebenen der politischen Strafjustiz 1933–1945 und 1945–1989 werden in zwei getrennten Bereichen dokumentiert. Die Ausstellungsräume zur NS-Diktatur gruppieren sich um den ehemaligen Hinrichtungsraum. Neben grundsätzlichen Informationen zum Freiheitsentzug im Strafgefängnis bzw. (ab 1935) Zuchthaus sowie zu den hier Inhaftierten und Beschäftigten werden die verschiedenen, mit der politischen Strafverfolgung befassten Gerichte gezeigt. Umfassend nimmt die Ausstellung die Hinrichtungen und den Umgang mit den Leichen der Getöteten in den Blick. Insgesamt stehen methodisch die Biografien der Opfer im Mittelpunkt, denen auch ein kleiner Leseraum gewidmet ist.

Im zweiten Obergeschoss werden zum einen der Gebrauch der Haftanstalt durch die sowjetische Besatzungsmacht dokumentiert und Beweggründe für Inhaftierungen und die Verbringung der Gefangenen in Speziallager oder das System des Gulag aufgezeigt. Zum anderen wird die Nutzung eines Teils der Anstalt durch den Staatssicherheitsdienst der DDR ab 1950 thematisiert. Mehr als 10.000 Untersuchungsgefangene durchliefen bis Dezember 1989 das „MfS-Objekt Am Kirchtor“. Die Ausstellung fokussiert hier anhand verschiedener Verfolgtengruppen auf die Entwicklung der DDR und deren Sicherheitspolitik, die zunehmend gegen das eigene Volk gerichtet war. Zeitzeugenaussagen, die verschiedene Haftsituationen erläutern, und ein „Raum der Biografien“ erlauben ein Eintauchen in die Lebenswege der Betroffenen. Darüber hinaus informiert die Exposition über die Organisationsstruktur des MfS und das in Halle eingesetzte Personal.

KOOPERATIONEN

Ein Großteil der Besucherinnen und Besucher sind Schulklassen und Studierende. Die Gedenkstätte bietet Lehrveranstaltungen an der Fachhochschule der Polizei des Landes Sachsen-Anhalt und spezielle Projekttag für Bundeswehrangehörige an. Weiterhin bestehen zahlreiche Ko-

operationen mit lokalen wie internationalen Institutionen, etwa zu den Themen Widerstand im Nationalsozialismus, Geschichte der Sinti*zze und Rom*nja sowie zum lokalen System der Zwangsarbeit, aber auch bezüglich der Erinnerung an die Akteurinnen und Akteure des Arbeiteraufstandes vom 17. Juni 1953 und der friedlichen Revolution von 1989. Die Gedenkstätte erarbeitete darüber hinaus federführend gemeinsam mit verschiedenen Kooperationspartnern eine Wanderausstellung zum Thema NS-Justiz auf dem Gebiet des heutigen Bundeslandes Sachsen-Anhalt. Das aus inzwischen 150 Tafeln bestehende Konvolut bildet die Komplexität der verschiedenen Methoden der Strafverfolgung ab und stellt die daran Beteiligten vor. Es ermöglicht, für jeden Ausstellungsort optimale Themenkombinationen zusammenzustellen. Für jeden Ort wird ein spezielles Begleitprogramm angeboten. Ähnlich strukturiert ist eine Wanderausstellung zur Justiz der sowjetischen Besatzungsmacht und der frühen DDR, die gemeinsam mit der Gedenkstätte Moritzplatz erarbeitet wurde und seit 2021 auf Reisen ist.

Das wichtigste Projekt der Gedenkstätte ist jedoch die internationale Wanderausstellung „Das Reichskriegsgericht. Justiz im Einsatz zur Kriegssicherung und zur Bekämpfung des europäischen Widerstandes 1939 bis 1945“, die gemeinsam mit Partnerinstitutionen in Polen, Frankreich, Norwegen, Belgien und der Tschechischen Republik konzipiert wurde. Sie zeigt anhand zahlreicher Biografien das Wirken des Reichskriegsgerichtes, des militärischen Pendant zum Volksgerichtshof, und arbeitet die Bandbreite der Widerstandsformen in Deutschland und den besetzten Ländern Europas heraus. Die Ausstellung soll 2023 in Berlin eröffnet werden.

»Die internationale Wanderausstellung 'Das Reichskriegsgericht. Justiz im Einsatz zur Kriegssicherung und zur Bekämpfung des europäischen Widerstandes 1939 bis 1945' zeigt anhand zahlreicher Biografien das Wirken des Reichskriegsgerichtes und arbeitet die Bandbreite der Widerstandsformen in Deutschland und den besetzten Ländern Europas heraus.«

Autor:in



Michael Viebig ist Historiker und Leiter der Gedenkstätte ROTER OCHSE.



Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale)

Am Kirchtor 20b

06108 Halle

Tel.: 0345 470698337

Homepage:

<https://gedenkstaette-halle.sachsen-anhalt.de>

Dokumentationszentrum für die Opfer der Diktaturen in Deutschland (Schwerin)

von **Christian Glüer**

Fiel die Ortsbezeichnung „Demmlerplatz“, lief es vielen Schweriner*innen jahrzehntelang kalt den Rücken herunter. Noch heute berichten Anwohner*innen, sie hätten zwar gewusst, dass hier „irgendetwas mit der Stasi“ und wohl auch ein Gefängnis gewesen sei – was aber genau, das wollten die meisten nicht wissen. Der fragliche Gerichts- und Gefängnis-Komplex am Demmlerplatz beherbergt heute auch das Dokumentationszentrum für die Opfer der Diktaturen in Deutschland.

GESCHICHTE DES HISTORISCHEN ORTES

Das gesamte Gebäudeensemble wurde bereits im Deutschen Kaiserreich errichtet. Nach seiner Fertigstellung im Herbst 1916 wurde der Komplex einschließlich des sogenannten Gerichtsgefängnisses an die Justiz übergeben und diente der ordentlichen Gerichtsbarkeit: zunächst der kaiserlichen Justiz, später, in weitgehender personeller Kontinuität, der Justiz der ersten deutschen Republik.

Mit Machtantritt der Nationalsozialisten wurde der Ort zu einem Ort des Unrechts. Diese richteten bereits im Frühjahr 1933 ein NS-Sondergericht ein, welches sogenannte „Heimtückefälle“ bearbeitete. Daneben existierte auch im heutigen Landgerichtsgebäude mit dem Erbgesundheitsgericht ein weiteres Spezialgericht. Auf der Grundlage des neu erlassenen „Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ wurden hier unzählige Zwangssterilisationen angeordnet.

»Noch heute berichten Anwohner*innen, sie hätten zwar gewusst, dass hier 'irgendetwas mit der Stasi' und wohl auch ein Gefängnis gewesen sei – was aber genau, das wollten die meisten nicht wissen.«

Im Juli 1945 zog die Rote Armee in Schwerin und in das Gebäude am Demmlerplatz ein, wo ein sowjetisches Mili-

tärtribunal installiert wurde. Auf Grundlage des berüchtigten Paragrafen 58 des russischen Strafgesetzbuches, der definierte, wer als Klassen- bzw. Volksfeind galt, kam es zu massenhaften willkürlichen Verhaftungen und Prozessen gegen tatsächliche oder vermeintliche Gegner*innen. Bei diesen Verhandlungen ging es weniger um die Klärung

von Tatsachen als vielmehr um das Verlesen von Geständnissen. Das das Gefängnis betreibende Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten der Sowjetunion (NKWD) erpresste diese Geständnisse bei den in den völlig überbelegten Zellen einsitzenden Menschen. Ihnen erschien dies oft als einziger Ausweg, auch wenn es im Regelfall in den sowjetischen Gulag und damit häufig in den Tod führte.

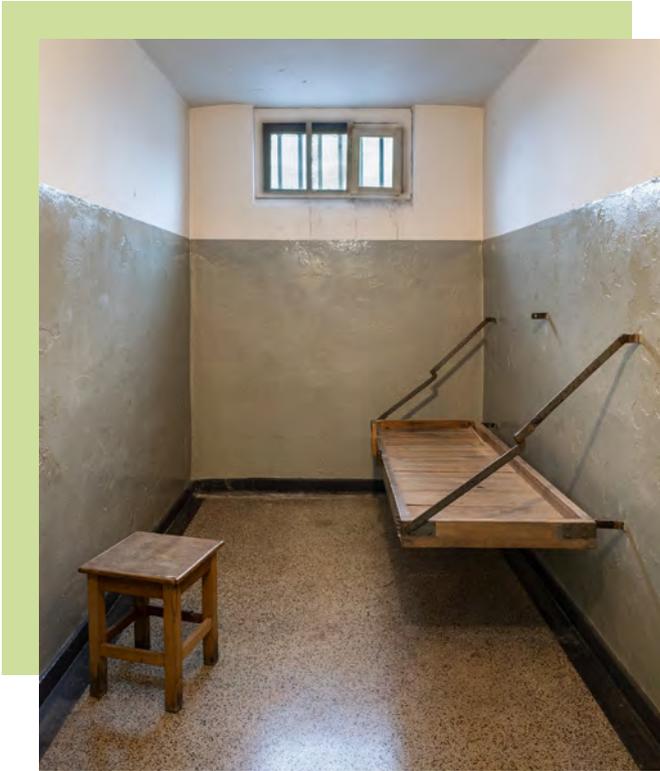


Abbildung einer Haftzelle. © Hendrik Lietmann

Nach dem Ende der sowjetischen „Rechtssprechung“ zog 1954 die

Justiz vorübergehend aus; stattdessen wurde die Bezirksverwaltung des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) Hausherrin. Das Hafthaus wurde zu einem Untersuchungsgefängnis der DDR-Geheimpolizei. Die Haftbedingungen waren berüchtigt: Wegen des grünen Anstrichs der Zellen wurde das Gefängnis auch als „grüne Hölle“ titulierte.

An der Tagesordnung waren vom NKWD übernommene Methoden wie Schlafentzug, Dauerverhöre, vor allem aber die völlige Isolation der Inhaftierten. Der letzte Häftling wurde erst im November 1989 entlassen und der gesamte Baukomplex nach der Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit (Nachfolgeinstitution des MfS) wieder der Justiz und dem Rechtsstaat übergeben.

ENTSTEHUNG UND KONZEPTION DER GEDENKSTÄTTE

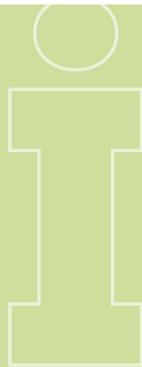
Nach längeren Diskussionen beschloss 1998 die damalige und bundesweit erste rot-rote Landesregierung, in der ehemaligen MfS-Untersuchungshaftanstalt einen Gedenkort zu etablieren. Als Einrichtung der Landeszentrale für politische Bildung wurde am 6. Juni 2001 in einem Teil des Hafthauses das Dokumentationszentrum des Landes für die Opfer der Diktaturen in Deutschland eröffnet. Der historische Ort blieb dabei weitgehend erhalten. Kernstück des Dokumentationszentrums ist eine zeitlich und räumlich dreigeteilte Dauerausstellung, in welcher den Besucher*innen insbesondere Einzelschicksale nähergebracht werden und es ihnen ermöglicht wird, sich am authentischen Ort mit der Geschichte des 20. Jahrhunderts auseinanderzusetzen. Neben Schüler*innen, Student*innen, Bundesfreiwilligen, Angehörigen der Bundeswehr und anderen Gruppen besuchen viele Tourist*innen und Einzelbesucher*innen den Gedenkort.

Dieser hat eine Doppelfunktion zu erfüllen: einerseits als Ort des Gedenkens und Erinnerns, andererseits als Stätte politischer Bildung. Beide Aspekte sind in der Arbeit des Dokumentationszentrums nicht voneinander zu trennen. Themenfelder der politischen Bildungsarbeit sind u.a. der Missbrauch politischer Strafjustiz, die Strukturen von Unrecht (gerade im Hinblick auf die Unterschiedlichkeit der Epochen) sowie die Bedeutung von Grundrechten und Rechtsstaatlichkeit. Diese werden in unterschiedlichen Formaten (Führungen, Projektstage, Zeitzeugengespräche u.v.m.) aufbereitet, die dazu ermuntern, den historischen Ort selbständig, allein oder in Kleingruppen, zu entdecken.

Autor:in



Christian Glüer ist seit 2020 Mitarbeiter im Dokumentationszentrum für die Opfer der Diktaturen in Deutschland in Schwerin und war zuvor bei der Landesbeauftragten für die Aufarbeitung der SED-Diktatur tätig.



Dokumentationszentrum des Landes für die Opfer der Diktaturen in Deutschland

Obotritenring 106

19053 Schwerin

Tel.: 0385 745299-11

E-Mail: dokuzentrum-schwerin@lpb.mv-regierung.de

Homepage: www.dokumentationszentrum-schwerin.de

Gedenkstätte Steinwache Dortmund

von Markus Günnewig

GESCHICHTE DES HISTORISCHEN ORTES

Als „Steinwache“ war ursprünglich die Polizeiwache an der Dortmunder Steinstraße bekannt. Das in unmittelbarer Nähe zum Hauptbahnhof gelegene, 1906 erbaute Dienstgebäude wurde 1928 massiv erweitert und um ein großes, modernes Polizeigefängnis ergänzt, das fortan auch unter der Bezeichnung „Steinwache“ firmierte.

Nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten wurde insbesondere das Gefängnis zum zentralen Verfolgungsort in Stadt und Region. Tat sich in den ersten Wochen und Monaten vor allem die Sturmabteilung (SA) durch brutale Gewalt im Haus hervor, nutzte bald auch die neu gegründete Geheime Staatspolizei (Gestapo) das Gefängnis mit und folterte hier bei Vernehmungen vor allem Kommunist*innen. Für viele wurde die Steinwache zur Durchgangsstation in die Konzentrationslager. Betroffen waren neben Oppositionellen und jüdischen Dortmunder*innen ab 1934 auch Menschen, die von Beamten der Kriminalpolizei als sogenannte Berufsverbrecher eingestuft wurden, oder ab 1938 als „Asoziale“ Diffamierte, Homosexuelle, sowie Sinti*innen und Rom*nja, für deren Verfolgung ebenfalls die Kriminalpolizei verantwortlich war. Während des Zweiten Weltkriegs durchliefen tausende ausländische, insbesondere osteuropäische, Zwangsarbeiter*innen die Steinwache und waren hier ebenfalls der rassistisch motivierten Gewalt von Gestapo-Angehörigen ausgesetzt.

Das Gefängnis blieb von Kriegszerstörungen weitgehend verschont und wurde noch bis 1958 durch die Dortmunder Polizei genutzt. Später diente es als Unterkunft für Obdachlose. Eine Polizeidienststelle an der Steinstraße existierte noch bis 1976.

EINRICHTUNG DER GEDENKSTÄTTE

In den 1980er Jahren wurden erstmals zivilgesellschaftliche Forderungen nach einer musealen Nutzung der Steinwache laut. Diese führten schließlich dazu, dass der Rat der Stadt die Einrichtung einer Gedenkstätte im ehemaligen Polizeigefängnis beschloss. Im früheren Reviergebäude zog die Dortmunder



Die heutige Gedenkstätte im ehemaligen Polizeigefängnis. © Arnd Lülfiing/Stadtarchiv Dortmund

Auslandsgesellschaft ein. Als Dauerausstellung der Gedenkstätte sollte die 1981 erstmals im Dortmunder Rathausfoyer eröffnete und zuletzt im Museum am Westpark gezeigte Ausstellung „Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1933-1945“, die den Dortmunder Widerstand gegen den Nationalsozialismus in den Mittelpunkt stellte, dienen. Sie wurde überarbeitet sowie erweitert und im mittlerweile sanierten ehemaligen Gefängnisgebäude untergebracht.

Dieses eröffnete schließlich 1992 als Mahn- und Gedenkstätte Steinwache und ist organisatorisch Teil des Dortmunder Stadtarchivs. Heute besuchen etwa 21.000 Menschen jährlich die Steinwache – ein großer Teil davon sind Schüler*innen.

KONZEPTION DER GEDENKSTÄTTE

Momentan entsteht eine neue Dauerausstellung, die das Haus und seine Insass*innen in den Mittelpunkt stellen wird. In ihr spielt der Charakter des Hauses als Drehscheibe oder Durchgangsstation zwischen Stadt und Region einerseits und entfernten Verfolgungsorten wie den Konzentrationslagern andererseits eine große Rolle. Vor allem aber lassen sich anhand der Einlie-

»In der Ausstellung spielt der Charakter des Hauses als Drehscheibe oder Durchgangsstation zwischen Stadt und Region einerseits und entfernten Verfolgungsorten wie den Konzentrationslagern andererseits eine große Rolle.«

ferungsgründe und des weiteren Schicksals der jeweiligen Inhaftierten Erkenntnisse darüber gewinnen, welches Verhalten bzw. welche gesellschaftlichen Gruppen wann, wie und aus welchen Gründen staatlich sanktioniert wurde(n) und wie die deutsche Gesellschaft insgesamt damit umging. Gleichzeitig werden über die Zusammensetzung der Insass*innenschaft Fragen nach Brüchen und Kontinuitäten sowie nach zeittypischen Spezifika im Zusammenhang mit den Systemwechseln 1933 und 1945 gestellt. Zusätzlich zur neuen Dauerausstellung wird der historische Gefängnisbau um ein neues Funktionsgebäude mit weiteren Seminar-, Veranstaltungs- und Wechsellausstellungsräumen ergänzt.

Ausgangspunkt der Bildungsarbeit ist auch heute schon der historische Ort des ehemaligen Polizeigefängnisses als lokal und regional bedeutsamer Verfolgungsort und als Schnittstelle zwischen Mikro- und Makrogeschichte. Und ebenfalls schon jetzt lassen sich über die Geschichten der Menschen, die hier hergebracht wurden oder hier tätig waren, weite Teile einer Gesellschaftsgeschichte nationalsozialistischer Verfolgung insgesamt erarbeiten. Dabei bieten insbesondere die erwähnten Systembrüche und die Fragen nach Wandel vs. Kontinuitäten gute Anknüpfungspunkte für Reflexionen über Aktualitätsbezüge. Diese ergeben sich aber auch durch den Einbezug weiterer Orte im Stadtraum, die oft zum Lebensumfeld unserer Besucher*innen gehören und im Rahmen von Rundgängen und Seminaren zudem mit dem Ort des Polizeigefängnisses verknüpft werden. Darüber hinaus ist die Gedenkstätte auch ganz grundsätzlich ein Raum für und Anregung zu Reflexion und kritische(r) Diskussion und bringt sich aktiv in die städtische Erinnerungspolitik ein.

»Ausgangspunkt der Bildungsarbeit ist der historische Ort als lokal und regional bedeutsamer Verfolgungsort und als Schnittstelle zwischen Mikro- und Makrogeschichte.«

Autor:in



Markus Günnewig ist seit 2020 Leiter der Gedenkstätte Steinwache. Seine Doktorarbeit über die Kriegsendphaseverbrechen der Gestapo muss noch publiziert werden.



Gedenkstätte Steinwache

Steinstraße 50

44147 Dortmund

Tel.: 0231 5025002

E-Mail: stadtarchiv-dortmund@stadtdo.de

Homepage: www.dortmund.de/steinwache

Erinnerungsort Torgau. Justizunrecht – Diktatur – Widerstand

von *Elisabeth Kohlhaas*

GESCHICHTE DES HISTORISCHEN ORTES

Gelegen im Nordosten Sachsens in Torgau an der Elbe, setzt sich der Erinnerungsort Torgau (vormals Dokumentations- und Informationszentrum DIZ Torgau) mit der doppelten Diktaturgeschichte in Deutschland auseinander. Er erinnert schwerpunktmäßig an die Opfer der nationalsozialistischen Militärjustiz im Zweiten Weltkrieg, zugleich aber auch an Unrecht nach 1945, als in Torgau während der sowjetischen Besatzung zwei sowjetische Speziallager und in der DDR ab 1950 ein Gefängnis und ein Jugendgefängnis bestanden. Die Gedenkstätte informiert über die politisch motivierte und menschenrechtswidrige Verfolgung durch die Justiz sowie über Internierung

und Strafvollzug in beiden Diktaturen. Gleichzeitig richtet sie ihr Augenmerk auf die persönlichen Geschichten der Verfolgten, von denen sich einige bewusst den Zwängen der Diktaturen widersetzen.

Torgau war im Zweiten Weltkrieg das Zentrum der NS-Militärjustiz sowie des militärischen Strafvollzugs und für das gesamte von Deutschland besetzte Europa bedeutsam. Deshalb kann der Erinnerungsort Torgau die Rolle der NS-Militärjustiz als Verfolgungsinstrument gegenüber Soldaten sowie Zivilistinnen und Zivilisten vertieft vermitteln. Mit Fort Zinna und Brückenkopf befanden sich zwei



Memorial des Erinnerungsortes Torgau für die Opfer der NS-Militärjustiz vor dem Fort Zinna in Torgau.
Fotograf: Daniel König. © Archiv Stiftung Sächsische Gedenkstätten/Erinnerungsort Torgau

große Gefängnisse der Wehrmacht (von nur acht Haftanstalten der Wehrmacht insgesamt) in Torgau. Zudem war das Reichskriegsgericht seit Mitte des Jahres 1943 in der Stadt ansässig und verhängte hier zahlreiche Todesurteile. In den Kriegsjahren wurden etwa 60.000 Menschen in den beiden Militärgefängnissen gefangen gehalten. Unter ihnen waren Wehrmachtssoldaten, die wegen Fahnenflucht, „Zersetzung der Wehrkraft“ oder „Kriegsverrat“ verurteilt waren. Es gab auch zivile Häftlinge, meist Angehörige des Widerstands aus nahezu allen besetzten Ländern Europas. Hunderte Soldaten wurden in Torgau hingerichtet, hunderte weitere Gefangene zur Exekution in das Zuchthaus Roter Ochse in Halle an der Saale verbracht.

»Der Erinnerungsort Torgau kann die Rolle der NS-Militärjustiz als Verfolgungsinstrument gegenüber Soldaten sowie Zivilistinnen und Zivilisten vertieft vermitteln.«

Nach Ende des Zweiten Weltkriegs richtete die sowjetische Besatzungsmacht in Torgau zunächst das Speziallager Nr. 8 für internierte Deutsche und wenig später zusätzlich das Speziallager Nr. 10 für Verurteilte der Sowjetischen Militärtribunale (SMT) ein. Hier waren mehrheitlich sowjetische Gefangene inhaftiert. Gut 20.000 Häftlinge, die meisten von ihnen Sowjetbürger, wurden aus Torgau in den Gulag transportiert.

Von 1950 bis zum Ende des SED-Regimes 1990 bestand im Fort Zinna ein DDR-Gefängnis für Männer und parallel dazu ein DDR-Jugendgefängnis (nicht zu verwechseln mit dem Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau). In beiden Gefängnissen waren die Insassen auch aus politischen Gründen in Haft.

GESCHICHTE UND KONZEPTION DES ERINNERUNGORTES

Der Erinnerungsort Torgau gehört zur Stiftung Sächsische Gedenkstätten. Er befindet sich in der Stadtmitte in Schloss Hartenfels, weil Fort Zinna als wichtigster historischer Ort vormaliger Verbrechen noch heute als Justizvollzugsanstalt genutzt wird. Vor der JVA Torgau ist ein separates Gedenkareal eingerichtet: Es erinnert in voneinander abgesetzten Bereichen an die Opfer der NS-Militärjustiz und an die Opfer von Internierung, Verurteilungen und Haft in der SBZ und DDR.

Der Erinnerungsort Torgau ist vielen noch unter dem Namen Dokumentations- und Informationszentrum (DIZ) Torgau bekannt. Die erst Ende des Jahres 2022 vollzogene Namensänderung ist Ausdruck eines derzeitigen umfassenden Prozesses der Profilschärfung. Dazu gehören auch die Erarbeitung einer neuen Dauerausstellung, die Ende 2023 eröffnet wird, und die Neuausrichtung der Vermittlungsarbeit. In deren Mittelpunkt stehen die Themen Zivilcourage, Verweigerung und Widerstand einerseits, Ausgrenzung und Verfolgung aus politischen Gründen andererseits. Die Geschichte des Orts legt es nahe, den Blick insbesondere auf jene zu richten, die ab 1939 den Angriffs- und Vernichtungskrieg nicht mittragen wollten. Zudem kommt Jugendlichen als politischen Häftlingen in der DDR eine besondere Bedeutung zu.

»Zivilcourage zu unterstützen, das Bewusstsein für Ausgrenzung, Herabwürdigung und Rassismus zu schärfen, Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen und damit die Demokratie zu stärken – diese Themen werden die Vermittlungsarbeit des Erinnerungsortes Torgau künftig stärker als bisher prägen.«

Gleichzeitig versteht sich der Erinnerungsort als Akteur der Gegenwart und wird sich mit entsprechenden Themen, Fragen, Partnerinnen und Partnern in der Öffentlichkeit präsentieren. Zivilcourage zu unterstützen, das Bewusstsein für Ausgrenzung, Herabwürdigung und Rassismus zu schärfen, Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen und damit die Demokratie zu stärken – diese Themen werden die Vermittlungsarbeit des Erinnerungsortes Torgau künftig stärker als bisher prägen.

LITERATUR



Oleschinski, Wolfgang/Spohr, Julia: Heute: Haus der Erziehung. Der Strafvollzug der DDR in Torgau 1950 bis 1990, Schriftenreihe der Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft, Bd. 18, Dresden 2018.

Autor:in



Elisabeth Kohlhaas ist seit 2022 Leiterin des Erinnerungsortes Torgau/Stiftung Sächsische Gedenkstätten. Sie ist Politikwissenschaftlerin mit dem Schwerpunkt Zeitgeschichte.



Erinnerungsort Torgau. Justizunrecht – Diktatur – Widerstand

Stiftung Sächsische Gedenkstätten

Schlossstraße 27

04860 Torgau

Tel.: 03421 713468

E-Mail: erinnerungsort.torgau@stsg.de

Homepage: www.erinnerungsort-torgau.de

Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel

von Tomke Blotevogel, Janna Lölke und Martina Staats

Die Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel thematisiert seit 1990 die Rolle der Justiz und des Strafvollzugs bei der nationalsozialistischen Verfolgungs- und Mordpolitik am Beispiel des Strafgefängnisses Wolfenbüttel mit seiner 1937 eingerichteten Hinrichtungsstätte.



Modell des Strafgefängnisses Wolfenbüttel mit Augmented Reality-Anwendung. © Helge Krückeberg

Die Gedenkstätte besteht aus unterschiedlichen Gebäudekomplexen, die sich alle auf dem Gelände der heutigen JVA befinden. Die historischen Orte – ehemalige Haftzellen und die Hinrichtungsstätte – mit Lernumgebung liegen im Sicherheitsbereich. Von außerhalb der JVA frei zugänglich ist das Dokumentationszentrum. Letzteres wurde 2019 er-

öffnet und erfüllt mit Dauerausstellung, Veranstaltungsräumlichkeiten und Bibliothek die Funktion eines modernen Museums. Über die Aufgaben eines Museums hinaus hat die Gedenkstätte den Auftrag, die Geschichte von Verfolgung und Widerstand im Nationalsozialismus und deren Folgen weiter zu erforschen, im Bewusstsein der Menschen wachzuhalten und weiterzutragen.

GESCHICHTE DES HISTORISCHEN ORTES

Das seit 1790 als solches genutzte Strafgefängnis Wolfenbüttel war eine der wichtigsten Haftstätten für Männer in Norddeutschland. Justiz und Strafvollzug veränderten sich im Laufe der Zeit: vom Reformstrafvollzug der Weimarer Republik hin zur „Strafe als Abschreckung“ im Nationalso-

zialismus sowie einer justiziellen Verfolgung aus rassistischen und politischen Gründen. Dabei wurden zunehmend Urteile auf Grundlage nationalsozialistischer Sondergesetzgebung vollstreckt.

Mit Kriegsbeginn stieg die Zahl ausländischer Inhaftierter stark an. Unter ihnen waren auch etwa 700 sogenannte „Nacht und Nebel“-Gefangene aus verschiedenen Ländern Westeuropas, die 1941 auf Grundlage eines Erlasses von Adolf Hitler als des Widerstands verdächtig heimlich nach Deutschland verschleppt wurden. Die Ausweitung des Arbeitszwangs mit teilweise katastrophalen Arbeitsbedingungen in Außenarbeitsorten, unzureichende medizinische Versorgung und starke Überbelegung verschlechterten die Haftbedingungen dramatisch. Dies führte zu hohen Krankheitszahlen und zu mehr als 500 Todesfällen unter den Gefangenen bis zur Befreiung am 11. April 1945.

»Justiz und Strafvollzug veränderten sich im Laufe der Zeit: vom Reformstrafvollzug der Weimarer Republik hin zur ›Strafe als Abschreckung‹ im Nationalsozialismus sowie einer justiziellen Verfolgung aus rassistischen und politischen Gründen.«

Außerdem war das Strafgefängnis Wolfenbüttel eine der zentralen Hinrichtungsstätten im Deutschen Reich. Von 1937 bis 1945 wurden hier 526 Todesurteile an Frauen und Männern vollstreckt. Soldaten der Wehrmacht erschossen weitere fünf Verurteilte aus dem Gefängnis auf dem Schießstand Braunschweig-Buchhorst. Fast die Hälfte der zum Tode Verurteilten kam aus dem besetzten europäischen Ausland.

KONZEPTION DER GEDENKSTÄTTE

Die 2019 eröffnete Dauerausstellung ist den übergeordneten Themen Justiz und Strafvollzug im Nationalsozialismus und deren Folgen gewidmet. Eingebettet in eine gesamtgesellschaftliche Darstellung werden das Verfolgungssystem, das verbrecherische Wirken der Justiz, die Inhaftierung von in- und ausländischen Gefangenengruppen und die Funktion als eine der zentralen Hinrichtungsstätten in Norddeutschland thematisiert. Raum finden ebenfalls die Handlungsspielräume von Verantwortlichen im Justiz- und Strafvollzugswesen, die Kontinuitäten und Diskontinuitäten in der frühen Bundesrepublik, die Geschichte der Gedenkstätte sowie die Erinnerungskultur von Überlebenden

und Angehörigen; nachvollziehbar werden diese bedeutsamen Aspekte anhand von Beispielen und Objekten.

Am historischen Ort des Strafgefängnisses und der Hinrichtungsstätte hat sich die Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel zu einem zentralen außerschulischen Lernort mit spezifischen Bildungsangeboten zur Auseinandersetzung mit den Themen Justiz und Strafvollzug im Nationalsozialismus entwickelt. Eine Besonderheit ist ihre Lage auf dem Gelände einer im Betrieb befindlichen JVA mit höchsten Sicherheitsstandards.

Die Bildungsarbeit soll dazu anregen, sich über die nationalsozialistische Vergangenheit zu informieren, Geschichtsbilder zu hinterfragen und eigene Positionen zu entwickeln. Grundlage des Bildungskonzeptes ist das forschend-entdeckende Lernen mit ausgewählten Biografien und historischen Dokumenten an den Multi-Touch-Tischen und in der Dauerausstellung. Unsere Angebote richten sich an verschiedene Adressatenkreise wie Schulen, Bildungsträger und ein breites Spektrum an Berufsgruppen. Die Angebote für Schüler_innen sind für unterschiedliche Schulformen und Altersstufen konzipiert. Alle Bildungsangebote werden handlungsorientiert, multiperspektivisch und mit größtmöglicher Methodenvielfalt vermittelt. Die Programme umfassen Halb- und Ganztagesangebote, Führungen sowie mehrtägige Workshops. Je nach zeitlichem Rahmen sowie Interessen, Wünschen und Vorkenntnissen der Teilnehmenden wird ein auf die jeweiligen Anforderungen abgestimmtes Angebot entwickelt.

»Die Bildungsarbeit soll dazu anregen, sich über die nationalsozialistische Vergangenheit zu informieren, Geschichtsbilder zu hinterfragen und eigene Positionen zu entwickeln.«

LITERATUR



Blotevogel, Tomke/Lölke, Janna/Partington, Gustav/Staats, Martina: outSITE Wolfenbüttel. Das Strafgefängnis Wolfenbüttel und sein Netzwerk im Land Braunschweig, Stiftung niedersächsische Gedenkstätten 2022.



Staats, Martina/Wagner, Jens-Christian (Hrsg.): Recht – Verbrechen – Folgen. Das Strafgefängnis Wolfenbüttel im Nationalsozialismus, Göttingen 2019.

Autor:innen



Tomke Blotevogel war von 2020 bis 2022 wissenschaftliche Volontärin der Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel.

Janna Lölke ist wissenschaftliche Mitarbeiterin und stellvertretende wissenschaftliche Leiterin der Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel.

Martina Staats leitet die Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel.



Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel

Am Herzogtore 13
38300 Wolfenbüttel
Tel.: 05331 9355010
E-Mail: wolfenbuettel@stiftung-ng.de
Homepage: wolfenbuettel.stiftung-ng.de

Impressum

Herausgeberin:



Agentur für Bildung - Geschichte, Politik und Medien e.V.
Dieffenbachstraße 76, 10967 Berlin, Tel.: 030 – 25 79 42 60

E-Mailadresse: kontakt@agentur-bildung.de

Webseite: <http://agentur-bildung.de>

Vorstand:

Adina Stern, E-Mail: stern@agentur-bildung.de
Dr. Birgit Wenzel, E-Mail: wenzel@agentur-bildung.de
Prof. Dr. Dorothee Wierling, E-Mail: wierling@agentur-bildung.de

Vereinsregister beim Amtsgericht:

Amtsgericht Charlottenburg
Vereinsregisternummer: VR 27817 B

Förderer:

Diese Ausgabe wurde gemeinschaftlich von den
Gedenkstätten des AK Justiz-Gedenkstätten finanziert.

Die Verantwortung für die inhaltlichen Aussagen
liegt jeweils bei den Autor*innen.

Redaktion: Dr. Katharina Trittel (V.i.S.d.P.) und Sabrina Pfefferle

Gestaltung: Infotext Berlin, Johanna Hoffmann

Satz: dia° Netzwerk für Kommunikation

Korrektorat: Barbara Driesen (Wissenschaftsdienst)

Titelbild: Zellengang der Dokumentations- und
Gedenkstätte Rostock. © Jörn Lehmann

Innenbild (Inhaltsverzeichnis): Gitterstäbe. © Sabrina Pfefferle.

Soweit nicht abweichend gekennzeichnet, zur Nachnutzung
freigegeben unter der [Creative Commons Lizenz CC BY NC ND 4.0](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/)

